

Anlage I

Vollmacht nach § 22 Abs. 2 BVerfGG

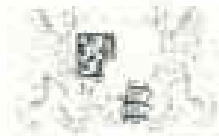
Hiermit erteile ich Herrn Rechtsanwalt Max Malkus, Braustraße 15 in 04107 Leipzig

Vollmacht, mich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Urteil und den Beschluss des Amtsgerichts Fürstfeldbruck vom 30.01.2019 – 3 Cs 42 Js 26676/18 und dem Beschluss des Obersten Bayrischen Landesgerichts - 206 StRR 1013/19 // 1015/19 in der gleichen Sache zu vertreten und alle zur Durchführung in diesem Verfahren erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

Anlage II



Amtsgericht Fürstenfeldbruck

Aktenzeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18
(Bitte sehr ansetzen)

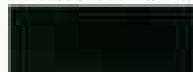
Telefon-Nr.: 08141/511-0
Telefax-Nr.: 08141/511-109

Amtsgericht Fürstenfeldbruck, Späckergermstraße 3,
82261 Fürstenfeldbruck

Cs 42 Js 26676/18

Frau

Franziska Maria Schmitt



Rechtskräftig seit:

AG Fürstenfeldbruck,

Urlandsbeamtin der Geschäftsstelle

geboren am [REDACTED] in Vechta, geborene Schmitt, Familienstand unbekannt, deutsche Staatsangehörige

S t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

Am 04.06.2018 gegen 23.00 Uhr entwendeten Sie gemeinsam mit der anderweitig verfolgten Caroline Kuhn verschiedene Lebensmittel aus einem verschlossenen Behälter in der Anlieferzone der Firma Edeka, Feursstr. 56, 82140 Oiching. Diese Lebensmittel waren zur Entsorgung dort gelagert und hatten einen Wert von insgesamt ca. 100,00 EUR. Den mit einem Vierkantschloss gesicherten Behälter öffneten Sie mit einem eigens dafür mitgeführten Vierkantschlüssel. Dies taten Sie, um die Lebensmittel ohne rechtlichen Anspruch für sich zu behalten.

Sie werden daher beschuldigt,

gemeinschaftlich fremde bewegliche Sachen, die durch ein verschlossenes Behältnis gegen Wegnahme besonders gesichert ist, einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, die Sachen sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen.

strafbar als

Diebstahl in einem besonders schweren Fall gemäß §§ 242 Abs. 1, 243 Abs. 1 S. 2 Nr. 2, 25 Abs. 2 StGB.

Beweismittel:

Zeugen:



Bl. 4/5

Urkunden:

Auszug aus dem Bundeszentralregister
Strafantrag
Warenliste

Bl. 8/9
Bl. 13/16

Augenscheinsobjekt:

Lichtbilder

Bl. 11/12

Gegen Sie wird eine Geldstrafe in Höhe von 40 Tagessätzen verhängt. Der Tagessatz wird auf 30,00 EUR festgesetzt. Die Geldstrafe beträgt somit insgesamt 1.200,00 EUR.

Ihr Einkommen wurde gemäß § 40 Abs. 3 StGB geschätzt.

Sie haben auch die Kosten des Verfahrens und Ihre Auslagen zu tragen.

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, soweit Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung bei dem vorstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich, zu Protokoll der Geschäftsstelle oder durch ein elektronisches Dokument Einspruch erheben.

Diese Erklärung muss in deutscher Sprache erfolgen.

Datum: 1 SEP. 2019

gez. Steigmayer
Richter am Amtsgericht (wa.RL)

Richter(in)
am Amtsgericht

Beglaubigungsvermerk:
Die Übereinstimmung der Abschrift mit der
Urschrift wird hiermit beglaubigt.

Fürstenfeldbruck, 1. SEP. 2019

AG Fürstenfeldbruck



Name, Dienstbezeichnung

Anlage III



Rechtsanwalt
im Liebknechthaus Leipzig
Max Mallus

Brühlstraße 17 (2.02.1)
04109 Leipzig

Rechtsanwalt Max Mallus / Rechtsanwalt * Leipzig

Amtsgericht Fürsteneichbrunn
(Abt. Strafsachen)
Stadelbergerstraße 3
82256 Fürsteneichbrunn
- vorab via Fax -

Telefonnummer

Telefaxnummer

E-Mail: maxmallus@liebknechthaus-leipzig.de
VON: 0346/6666

Unterbreitung: 16.02.2018
Verfahren: 3 Cs 42 Js 26676/18

Datum: Leipzig, den
04.10.2018

In dem Strafverfahren
././ Schmitt u.A.
AZ: 3 Cs 42 Js 26676/18

beantrage ich

den Termin zur Hauptverhandlung am 08.10.2018 aufzuheben,
und einen Ausweichtermin binnen der kommenden drei Monaten
anzuberaumen.

Der Unterzeichner wurde am 26.9.2018 von der Angeklagten mit der Verteidigung
gegen den Vorwurf des schweren Diebstahls vom 04.06.2018 beauftragt.
Am 27.9.2018 zeigte der Unterzeichner sich bei dem zuständigen Amtsgericht als
Verteidiger der Angeklagten an, und bat sodann um Akteneinsicht inklusive
Auszug aus dem Bundeszentralregister. Außerdem erklärte der Unterzeichner,
dass aufgrund der bereits in einer Woche anstehenden Termins zur
Hauptverhandlung und der damit geringen Zeit zur Vorbereitung, eine Umladung
zu einem späteren Termin zur angemessenen Verteidigung notwendig sein werde.
Mit Telefax vom 02.10.2018 erhielt der Unterzeichner sodann 47 Seiten als so
übersendete Akte, jedoch ohne den beantragten Auszug aus dem
Bundeszentralregister.

Nach dem jetzigen Stand gebietet eine ordentliche Verteidigung gegen den
Vorwurf des schweren Diebstahls eine längere Zeit zur Vorbereitung durch den
Verteidiger.

Der Angeklagten wird vorgeworfen, weggeworfene Lebensmittel aus einem
Mülleimer entfernt zu haben. Die strafrechtliche Verfolgung solcher als
"Containern" bekannte Vorgänge ist unüblich und das erhöhte
Verfolgungsinteresse der Staatsanwaltschaft in diesem Fall nur schwer nach zu



vollziehen. Wie es scheint, sollen die Angeklagten hier in einem besonderen Maße kriminalisiert werden. Es ist anders nicht zu erklären, wie die Staatsanwaltschaft – offensichtlich - ohne genauere Prüfung, und ohne eine Stellungnahme der Angeklagten abzuwarten, annehmen kann, dass die Artikel (Lebensmittel), die am Tattag vom Lebensmittelmarkt als Anzeigenerstatter entsorgt worden sind, zum einen vollständig von den beiden Angeklagten in deren Rucksäcke und Taschen gefüllt worden sein sollen, und zum anderen, warum der offensichtlich nicht mehr zu erzielende Verkaufspreis der Lebensmittel hier zur Bemessung des Wertes des Mülls herangezogen worden ist.

Bei der Verfolgung der Tat wurde offensichtlich verkannt, dass es sich bei dem hier in Rede stehenden Tatobjekt um Müll im Sinne des Abfallrechts handelt, und schon deswegen nicht von dem Markt-/ oder Verkaufswert eines Lebensmittelproduktes ausgegangen werden kann.

Es ist mithin auch fraglich, ob der hier vorgeblich geschädigte Supermarkt überhaupt einen Schaden geltend machen kann, wenn er durch die Entsorgung seines Lebensmittelmülls Kosten zu tragen hat, die sich am Aufkommen (Volumen, Gewicht) der Abfälle orientiert. In diesem Fall stellte die Entnahme von Lebensmittelmüll aus den Entsorgungsbehältern eher eine Geschäftsführung im Sinne des Supermarktes dar, als eine Handlung, die Schaden zugefügt haben soll.

Ob zur Entsorgung vorgesehener Lebensmittelmüll in diesem Fall taugliches Tatobjekt eines Diebstahls sein kann, das von dem Schutzzweck der Norm so weit umfasst ist, ist auch deswegen zu hinterfragen, weil bei der objektiven Betrachtung von Lebensmittelmüll in einem Müllcontainer die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht mehr davon ausgehen würden, dass hier Eigentum im Sinne des des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegt.

Personen für die Entnahme von Lebensmittelmüll aus Müllcontainern zu bestrafen, entspricht weder einem modernen Strafverständnis, noch den Vorgaben der Bundesregierung, die seit Jahren mit ihrer Kampagne **„Zu gut für die Tonne“** zur Vermeidung von Lebensmittelmüll aufruft, und Reize zur Müllvermeidung setzt, und insbesondere auch darauf aufmerksam macht, dass allein ein abgelaufenes Mindesthaltbarkeitsdatum kein Grund sein muss, Lebensmittel als nicht mehr verwertbar anzusehen. Es entspricht darüber hinaus auch nicht dem Strafverständnis der Bevölkerung, dies zeigt eine Unterschriftensammlung gegen die Kriminalisierung des sogenannten Containers aus dem Jahr 2016, an der sich **127.000 Menschen beteiligten** und sich dort gegen die strafrechtliche Verfolgung des Containers aussprachen, sowie der **Petition 74584 des deutschen Bundestages** „Eigentumsdelikte - Keine Strafe für die Rettung genießbarer Lebensmittel und verwertbarer Sachen aus Mülltonnen/Spermmüll vom 02.11.2017“, die ebenfalls auf große öffentliche Resonanz gestoßen ist.



Rechtsanwalt
im Liebknecht-Haus Leipzig
Max Mallus

Leipzig, 16. April 2018

HR-Zeichen: 3 Co 42 Js 266/267/18

Der französische Gesetzgeber hat im Februar 2016 das Gesetz „Kampf gegen Lebensmittelverschwendung“ verabschiedet und die Betreiber von Supermärkten, die Lebensmittel wegwerfen als Verursacher des Lebensmittelmülls in die Verantwortung genommen, und so faktisch die Wegnahme von Lebensmitteln aus Containern entkriminalisiert. Das oberste italienische Kassationsgericht entschied ebenfalls im Jahr 2016 einen Mann von dem Vorwurf des Lebensmitteldiebstahls frei zu sprechen, weil es in der Abwägung ein – wie auch immer geartetes – wenn überhaupt vorhandenes Eigentumsrecht an weggeworfenen Lebensmitteln gegen die Interessen von Personen die ein weggeworfenes Lebensmittel konsumieren möchten als weniger schützenswert einschätzte.

Auch nach den bisherigen Erkenntnissen im vorliegenden Verfahren, ist nicht ersichtlich, weshalb mit solcher Intensität von einem nur im Zweifel verwirklichten Unrecht ausgegangen wird, zumal die beiden Personen, die ausdrücklich weder einen Schaden angerichtet haben, noch laut Angabe gegenüber der Polizei (Bl. 4, d. A) aus Gründen handelten, die von Rechts wegen als verwerflich anzusehen sind, sondern im Gegenteil den erklären Willen der Bundesregierung als Motivation für ihr Handeln nennen.

In jedem Fall muss beachtet werden, dass das tatsächliche Einkommen meiner Mandantin mit < 800 EUR deutlich unter dem Schätzwert der Staatsanwaltschaft liegt.

- Rechtsanwalt -

Anlage IV



Rechtsanwalt
im Liebknecht-Haus Leipzig
Max Malkus

Bismarckstr. 17, 100
10117 Leipzig

Telefon 0341 341111

Fax 0341 341112

E-Mail: max.malkus@liebknecht-haus-leipzig.de
www.liebknecht-haus-leipzig.de

Unterzeichen: 1630/2018
Nr. Zeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18

Ort, Datum: Leipzig, den 23.10.2018

Rechtsanwalt Max Malkus - Braunschweig / Leipzig

Amtsgericht Fürstfeldbruck
Stadelbergstraße 5
82256 Fürstfeldbruck

Ö Staatsanwaltschaft München II

- vorab via Fax -

In dem Strafverfahren ././ Schmidt u.A.

tege ich an,

die Klage nach § 411 Abs. 3 StPO zurückzunehmen,

und erkläre im Namen meiner Mandantin die Zustimmung zu einer solchen
Verfahrensweise. Meiner Mandantin wird vorgeworfen, Anfang Juli 2018 Lebensmittelmüll
aus einem Müllcontainer genommen - und hierdurch den besonders schweren Fall des
Diebstahls nach § 243 StGB verwirklicht zu haben.

Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung kann m.E. nicht vertretbar geltend gemacht
werden. Die Gründe dafür habe ich in meinem letzten Schriftsatz an das Gericht in dieser
Sache aufgezeigt.

Die antragsberechtigte Edeka Handelsgesellschaft Südbayern mbH verhält sich
widersprüchlich, wenn sie am 4.6.2018 Minigurken, Paprika, Salat, Möhren, Pastinaken,
Champignons, bunte Salate, Apfel, Bananen, Mangos, Ananasstücke, Heidelbeeren,
Erdbeeren, Himbeeren, Sahnepudding, Joghurt, Milch, Quark, Heringsfilet, Laugenbrezel,
Brötchen, Brot, Süßkartoffeln, und gemischte Scheiben Paprika-Tomate u.A. in einem nicht
umzaunten und ohne Weiteres von der Straße aus zugänglichen Abfall-Container entsorgt,
und dann unter dem 7.6.2018 Strafantrag wegen Verlustes dieser „Gegenstände“ stellt.

Entweder der Supermarkt hält den Müll weiter für genießbare Ware, und damit für
Lebensmittelgegenstände - dann ist jedoch fraglich, wieso Gegenstände in einem
Abfallcontainer gelagert werden, oder für Müll, den sie bereits zuvor in einer Abfalltonne
entsorgt hat.

Für die Strafbarkeit des hier vorgeworfenen Verhaltens kommt es nicht darauf an, wie und
ob ehemalige Eigentümer ihre Lebensmittel in dem Moment derelinquieren, indem die
Lebensmittel in einem Abfallcontainer entsorgt werden, sondern darauf, ob ein objektiver
Betrachter weiterhin davon ausgehen muss, dass dieser Lebensmittelmüll unter dem

Rechtsanwaltschaft

Max Malkus
10117 Leipzig
10117 Leipzig
10117 Leipzig



besonderen Schutz des Eigentums fällt. Der Verzichtswille (oder Entschlagungswille) muss aus der Sicht eines objektiven und verständigen Beobachters erkennbar betätigt werden und muss nicht besonders erklärt werden, wenn aus der Art und Weise und den Begleitumständen eine Besitzaufgabe erkennbar ist. Dies dürfte bei der Entsorgung von Lebensmitteln in einer Mülltonne regelmäßig der Fall sein.

Gerade bei verderblichen Lebensmitteln - deren einziger Sinngehalt im Verzehr oder im Handel mit ihnen liegt - ist davon auszugehen, dass der ehemalige Eigentümer nichts mehr mit der Sacheigenschaft des Lebensmittels zu tun haben möchte, wenn er den Lebensmittelgegenstand einmal in einem Mülleimer entsorgt hat.

Im vorliegenden Fall ist fraglich, ob ein Abfallcontainer, der mit keinem Schlüssel-Schloss, sondern mit einem handelsüblichen Sechskantschlüssel geöffnet und verschlossen werden kann, eine besondere Sicherungsfunktion gegenüber Menschen vor Wegnahme tatsächlich erfüllt und ein solcher vom Aufsteller bezweckt wurde. Bisher ist nicht festgestellt oder aus der Akte ersichtlich, dass der Abfallcontainer tatsächlich versperrt gewesen sein soll als meine Mandantin von den Polizeibeamten angetroffen wurde. Eine Umzäunung des Müllcontainers liegt jedenfalls nicht vor.

In keinem Fall kann jedoch, wie von der Staatsanwaltschaft hier angenommen geltend gemacht werden, meine Mandantin hätte versucht sämtliche am 04.06.2018 vom Supermarkt entsorgten Lebensmittel an sich zu nehmen oder dies gar getan. Mögen die Beamten der Polizei auch kein Interesse daran haben Müll zu katalogisieren – ein öffentliches Interesse daran besteht m.E. wie oben dargelegt schon grundsätzlich nicht – , kann die Feststellung der vermeintlich „gestohlenen“ Lebensmittelsachen gleichwohl nicht durch ein Wegwerfprotokoll o.Ä. des Supermarktes ersetzt werden.

In keinem Fall kann zu Lasten meiner Mandantin angenommen werden, der Lebensmittelmüll, der am 04.06.2018 in Rucksäcken gefunden wurde, hätte einen Wert von 100 EUR gehabt. Zu dieser Annahme ist nur dann zu gelangen, wenn kein Unterschied zwischen Lebensmitteln gemacht wird, die in einem Supermarkt angeliefert und verkauft werden sollen, und solchem Lebensmittelmüll, der in Mülltonnen zur Entsorgung gegeben wird.

Ich weise darauf hin, dass vergleichbare Fälle des „Containerns“, also Tathandlungen bei denen den Beschuldigten vorgeworfen wird, Lebensmittelmüll aus Abfallcontainern „gestohlen“ zu haben, in der Vergangenheit regelmäßig, auch von anderen Staatsanwaltschaften im Freistaat Bayern, eingestellt wurden.

Dem Gericht wird statt vieler eine jüngere Einstellung im Verfahren 302 Js 23222/18 vom 24.07.2018 der Staatsanwaltschaft Landshut in Kopie zur Kenntnis gereicht (Anlage I) . In den Fällen, in denen ein öffentliches Strafverfahren in der Vergangenheit betrieben wurde, ist meines Wissens nach keine rechtskräftige Verurteilung erfolgt, sondern sind die Verfahren eingestellt, oder die Angeklagten freigesprochen worden. Damit haben die Gerichte eine klare und gerechte Abwägung der betroffenen Schutz- und Rechtsgüter getroffen.



Rechtsanwalt
im Liebkechthaus Leipzig
Max Markus

Ordnungszeichen: 1630/2018
Zusatzzeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18

Meine Mandantin erklärt sich *hilfsweise* auch damit einverstanden,

das Verfahren **ohne Auflage einzustellen**.

Der guten Ordnung halber wird der aktuelle Lohnbescheid meiner Mandantin diesem Schreiben in Kopie beigelegt (Anlage II).

- Rechtsanwalt -

Kopie

Anlage I



Staatsanwaltschaft Landshut

Landshut, den 24.07.2018

[Redacted]

Herr Staatsanwalt Fritzsche
Telefon: (0871) 44-2210
Telefax: (0871) 44-2100

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben:
Akten- / Geschäftszeichen
JK2 Js 23222/18

Siehe
Datum
24.07.2018

Ermittlungsverfahren gegen Sie
wegen besonders schweren Falls des Diebstahls

Sehr geehrter [Redacted]

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 23.07.2018 folgende Entscheidung getroffen:

Das Ermittlungsverfahren wird gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Fritzsche
Staatsanwalt

(Diese Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält damit keine Unterschrift, worauf im Verfahren nicht geachtet wird)

Hausanschrift:
Dachmühlstraße 25
94035 Landshut

Helferstelle:
Autokenn: J 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 00
Behindertenparkplatz
nicht zugelassen

Das Landshuter Rathaus ist für Behinderte und für Behindertengruppen zugänglich.

Geschäftszeiten:
Montag - Freitag 08.30 -
12.00 Uhr und nach
Veranlassung

Kommunikation:
Telefon: (0871) 44-2210
Telefax: (0871) 44-2100
Postfach (Postanschrift):



Staatsanwaltschaft München II, Amulhof 10-16, 80333 München

Herrn Rechtsanwalt
Rechtsanwalt Max Malkus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Frau Staatsanwältin Dr. Lüngharke

Telefon: 089/5597-2959

Telefax: 089/55971839

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
1630/2018

Bitte bei Antwort angeben:
Akten- / Geschäftszeichen
42 Js 26676/18

an
Datum
26.10.2018

Ermittlungsverfahren gegen Caroline Kuhn

Franziska Maria Schmitt

wegen besonders schweren Falls des Diebstahls

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Rechtsanwalt Malkus,

auf Schreiben vom 23.10.2018, bei der Staatsanwaltschaft am selben Tag eingegangen, teile ich Ihnen mit, dass der Strafbefehlsantrag vom 27.08.2018 nicht zurückgenommen wird.

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft ist das Verhalten der Firma Edeka keineswegs widersprüchlich. Zwar mag das Supermarktgelände für jedermann zugänglich sein, die Lebensmittel wurden jedoch in einem verschlossenen Container entsorgt. Dadurch wurde klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass eine Entnahme durch Dritte gerade nicht gewünscht wird. Die Beschuldigten haben diesen Container mit einem mitgeführten Vierkantschlüssel geöffnet und die Lebensmittel daher widerrechtlich entnommen.

In der Entsorgung der Lebensmittel ist vorliegend nämlich gerade keine Eigentumsaufgabe gem. § 959 BGB zu sehen.

Eine solche setzt voraus, dass der ursprüngliche Eigentümer erstens den Besitz aufgegeben und zweitens seinen rechtsgeschäftlichen Willen zum Ausdruck gebracht hat, dass er auf sein Eigentum verzichtet.

Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall. Die Firma Edeka hat durch das Verschließen des Containers - wie bereits dargelegt - ihren entgegenstehenden Willen zum Ausdruck gebracht, so dass eine Dereliktion gem. § 959 BGB nicht in Betracht kommt. Auch liegt hier keine mutmaßliche Einwilligung vor.

Entgegen Ihrer Auffassung ist es unerheblich, dass der Container hier nicht mit einem - wie Sie sagen - „Schlüssel-Schloss“, sondern mit einem Vierkantschloss gesichert ist. Denn nach h.M. muss es sich bei der Sicherung nicht um ein Schloss handeln; ausreichend ist auch, wenn das Behältnis zugeklebt, vernagelt oder sogar nur fest verschnürt ist (vgl. MuKoStGB/Schmitz, § 243

Rn. 33 m.w.N.).

Richtig ist, dass die entwendeten Lebensmittel wohl nicht mit dem Verkaufswert angesetzt werden können. Da die Beschuldigten jedoch die Lebensmittel an sich genommen haben, um sie selbst zu verwerten, sind sie auch nicht wertlos. Daher ist hier aus Sicht der Staatsanwaltschaft in jedem Fall ein Diebstahl gem. § 242 StGB verwirklicht. Ob hier ein besonders schwerer Fall gem. § 234 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StGB vorliegt oder dieser gem. § 243 Abs. 2 StPO ausgeschlossen ist, wird in der Hauptverhandlung zu klären sein.

Eine Einstellung nach § 153 Abs. 2 StGB kommt für die Staatsanwaltschaft vorliegend nicht in Betracht. Mit einer Einstellung gem. § 153a Abs. 2 StPO gegen eine entsprechende Geldauflage oder Leistung von gemeinnütziger Arbeit, wie beispielsweise bei der Tafel, bestünde weiterhin Einverständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Langhanke
Staatsanwältin

Anlage II
Amtsgericht Fürstenfeldbruck
Abteilung für Strafsachen



EINGEGANGEN 06. Dez. 2018

Amtsgericht Fürstenfeldbruck, PF 1141, 82241 Fürstenfeldbruck

Herrn Rechtsanwalt
Max Malkus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Für Rückfragen:
Telefon: 08141/511-100
Telefax: 08141/511-109
Zimmer: 106

Sie erreichen die zuständige Stelle am besten
Montag bis Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr

Ihr Zeichen
1630/2018

Bitte bei Antwort angeben
Akten- / Geschäftszeichen:
3 Cs 42 Js 26676/18

Datum
05.12.2018

In dem Strafverfahren gegen

Schmitt Franziska Maria (geb. Schmitt) u. a.
wegen besonders schweren Falls des Diebstahls

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Malkus,

Die Staatsanwaltschaft München II hat das Einverständnis mit einer Einstellung gemäß § 153 a StPO erklärt.

Vorliegend ist das Amtsgericht der Ansicht, dass diese Vorgehensweise dem Verfahrensstand insbesondere unter Berücksichtigung der Motivlage der Angeklagten, gerecht wird. Das Gericht kann durchaus nachvollziehen, dass die Angeklagten durch ihr Handeln lediglich auf den kritikwürdigen Umgang unserer Gesellschaft mit Lebensmitteln hinweisen wollen.

Weil eine sogenannte Dereliktion gem. § 959 BGB nach herrschender Meinung in der Literatur und nach einheitlicher Rechtsprechung nicht vorliegt (vgl. OLG Düsseldorf, 2. Senat für Bußgeldsachen, Urteil vom 25.02.1992, Aktenzeichen: 2 Ss (OWi) 317/91 - (OWi) 95/91 II), wird es bei vorläufiger Bewertung der Sach- und Rechtslage zu einem Freispruch nicht kommen können. Nachdem die Staatsanwaltschaft das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht hat, diese Bewertung jedoch der Nachprüfbarkeit durch das Amtsgericht entzogen ist (vgl. BVerfGE 51, 177 = NJW 1979, 1591; BGHSt 18, 225 = NJW 1961, 2120 zu § STGB § 232 aF).

Hausanschrift
Stadelbergerstr. 5
82256 Fürstenfeldbruck

Haltestelle
S 4 - Fürstenfeldbruck
Bus 843 und 736 -
Amtsgericht

Nachbriefkasten
Stadelbergerstr. 5
82256 Fürstenfeldbruck

Kommunikation
Telefon:
08141/511-0
Telefax:
08141/511-109

hat das Amtsgericht bei der Frage der Strafbarkeit des Handelns der Angeklagten lediglich zu prüfen, ob die Tatbestandsvoraussetzungen des Vergehens des Diebstahls gem. § 242 StGB erfüllt sind. Die Motivation der Angeklagten ist bei dieser Prüfung der Tatbestandsmäßigkeit des Handelns der Angeklagten nicht relevant, mag diese auch gesellschaftspolitisch zu unterstützen sein.

Zur Vermeidung einer Hauptverhandlung und in deren Folge einer daraus resultierenden jedenfalls nach Aktenlage derzeit nicht unwahrscheinlichen Verurteilung der Angeklagten wegen Diebstahls regt das Gericht mit einer gegenwärtig noch erklärten Zustimmung der Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens gem. § 153 a II StPO gegen die Auflage der Ableistung von jeweils 8 Stunden gemeinnützige Arbeit nach Weisung der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentfeldbruck, Mitarbeit bei der Tafel Fürstentfeldbruck, an.

Nach durchgeführter Hauptverhandlung wird das Gericht eine entsprechende Einstellung nicht mehr in Erwägung ziehen.

Um Stellungnahme bis zum 30.12.18 wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Steigmayer

Richter am Amtsgericht

A. Hirschvogel
Hirschvogel, Ingeborg

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Auftrag VII



Rechtsanwalt
im Liebkechthaus Leipzig
Max Malkus

Braustraße 15 / 2.OG
04107 Leipzig

Telefon 6848468

Fax 6848462

E-mail: m@liebkechthaus-lawyer.de
PCF: 1D7683D8

Unser Zeichen: 1630/2018
Ihr Zeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18

Datum: Leipzig, den
31.12.2018

Rechtsanwalt Max Malkus | Braustraße 15 | 04107 Leipzig

Amtsgericht Fürstfeldbruck
(Abt. Strafsachen)

Stadelbergerstraße 5
82256 Fürstfeldbruck

- vorab via Fax -

In dem Strafverfahren gegen
././ Schmitt, u.A.
Aktenzeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18

erklärt die Verteidigung der Frau Franziska Maria Schmitt,

dass der Einstellung des Verfahrens gegen die Auflage der Ableistung von jeweils 8 Stunden gemeinnütziger Arbeit nach Weisung der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstfeldbruck, Mitarbeit bei der Tafel Fürstfeldbruck,

nicht zugestimmt wird.

Die Angeklagte geht von ihrer Unschuld bezüglich der, von der Staatsanwaltschaft gemachten Vorwürfe, aus. Einer Beendigung des Strafverfahrens ohne Durchführung der Hauptverhandlung wird weiter unter dem Absehen von Auflagen und Weisungen zugestimmt werden (Erklärung der Verteidigung vom 23.10.2018).

Aus Sicht der Verteidigung kann den vorläufigen Bewertungen der Sach- und Rechtslage durch das Gericht nicht beigetreten werden und muss insbesondere festgestellt werden, dass sich die Angeklagte zur einer etwaigen Motivationslage zum Zeitpunkt der hier vorgeworfenen Handlungen im Rahmen dieses Verfahrens noch nicht geäußert hat.

Der unter dem 03.12.2018 gestellte Beweisantrag bleibt vor diesem Hintergrund aufrecht erhalten.

- Rechtsanwalt -

www.liebkechthaus-lawyer.de

Bankverbindung:

SparKasse Leipzig
DE10 8605 5592 1090 1749 63
BIC: WILADE33XXX

Amtsgericht Fürstentfeldbruck

Anlage VIII

Az.: 3 Cs 42 Js 26676/18



IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

des Amtsgerichts - Strafgericht - Fürstentfeldbruck

In dem Strafverfahren gegen

- 1) **Schmitt Franziska Maria** (geb. Schmitt),
geboren am [REDACTED] in Vechta, ledig, Staatsangehörigkeit: deutsch, wohnhaft: [REDACTED]
[REDACTED]

Verteidiger:

Rechtsanwalt **Malkus Max**, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Gz.: 1630/2018

- 2) **Kuhn Caroline** (geb. Kuhn),
geboren am [REDACTED] in Freiburg im Breisgau, ledig, Staatsangehörigkeit: deutsch,
wohnhaft: [REDACTED]

Verteidiger:

Rechtsanwältin **Keller Susanne**, Bauernstraße 11, 86391 Stadtbergen, Gz.: 135/18

wegen besonders schweren Falls des Diebstahls

aufgrund der Hauptverhandlung vom **30.01.2019**, an der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht **Johann Steigmayer**
als **Strafgericht**

StAin Dr. **Langhanka**
als **Vertreterin der Staatsanwaltschaft**

Rechtsanwalt **Malkus Max** und Rechtsanwältin **Keller Susanne**
als **Verteidiger**

JAng **Westermann**
als **Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle**

Die Angeklagten Kuhn Caroline, geb. [REDACTED] und Schmitt Franziska Maria, geb. [REDACTED] - übrige Personallen wie erhoben - sind schuldig eines gemeinschaftlich begangenen Diebstahls.

Die Angeklagten werden verwamt.

Die Verurteilung zu einer

Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 EUR

bleibt vorbehalten.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten.

Angewandete Vorschriften: §§ 242 I, 59, 25 I StGB.

Gründe

(abgekürzt gem. § 267 IV StPO)

I.

Die nicht vorbestrafte Angeklagte Kuhn studiert Tiermedizin und befindet sich im siebten Semester. Sie lebt von der Unterstützung ihrer Eltern.

Die ebenfalls nicht vorbestrafte Angeklagte Schmitt studiert Sinologie. Sie ist Werkstudentin und erhält monatlich 550 EUR. Zusätzlich wird sie von ihren Eltern unterstützt.

II.

Am 04.06.2018 gegen 23:00 Uhr entwendeten die Angeklagten gemeinsam verschiedene Lebensmittel aus einem verschlossenem Container in der Anlieferzone der Firma Edeka, Feursstraße 56 in Olching. Diese Lebensmittel waren dort durch die Eigentümerin, die Firma Edeka, in einem verschlossenen Container gelagert und standen zur Abholung durch den Abfallentsorger bereit. Die Angeklagten hatten den Container mit einem mitgebrachten Vierkantschlüssel geöffnet, um so an die Lebensmittel zu gelangen. Die Angeklagten taten dies, um die Lebensmittel ohne rechtlichen Anspruch für sich zu behalten. Dies war ihnen bekannt.

Für die Entsorgung der Lebensmittel musste das Unternehmen Edeka Zahlungen an den Abfallentsorger leisten.

III.

Der Sachverhalt steht fest aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme, insbesondere aufgrund der Angaben der Angeklagten, sowie aufgrund der in vollem Umfange glaubhaften Angaben der einvernommenen Zeugen [REDACTED] und [REDACTED].

1. Die Angeklagten haben in der Hauptverhandlung keinerlei Angaben zum Sachverhalt gemacht. Sie haben lediglich angegeben, dass sie von der Polizei an der Tatörtlichkeit kontrolliert wurden und dass sie von diesen wie „Schwerverbrecher“ behandelt worden seien. Sie seien aufgefordert worden, die Lebensmittel, welche sich in ihren Taschen befunden haben, wieder in die Tonne zurück zu legen. Ihnen sei vorgeworfen worden, dass sie ein „schweres Verbrechen“ begangen hätten.

2. Die einvernommene Polizeibeamtin [REDACTED] hat angegeben, dass sie und ihr Kollege, der Zeuge [REDACTED] sich auf Streife befunden haben. Sie haben gesehen, dass

die Angeklagten an dem Müllcontainer gestanden seien und dass neben dem Container Lebensmittel frei herumgelegen haben. Darüberhinaus seien Rucksäcke und eine weitere Tüte mit Lebensmittel gefüllt gewesen. Es sei auch ein Vierkantschlüssel gefunden worden, welcher zum Öffnen des Containers geeignet war. Die Angeklagten haben zugegeben, dass sie den Container mit dem Schlüssel geöffnet haben und dass sie die Lebensmittel aus moralischen Gründen entwendet haben. Den Angeklagten sei mitgeteilt worden, dass es sich dabei um eine Straftat handeln würde. Die Angeklagten seien als Beschuldigte belehrt worden und haben die Tat eingräumt. Die Rucksäcke seien mit Gemüse und Obst, aber auch mit Joghurt und anderen Lebensmitteln gefüllt gewesen. Nicht richtig sei, dass die Angeklagten, wie von diesen behauptet, als Schwerverbrecher behandelt worden seien. Auch sei die Durchsuchung sehr zurückhaltend durchgeführt worden. Die Angeklagten seien lediglich „abgeklopft“ worden.

3. Der Zeuge ■■■■■ bestätigt die Angaben der Zeugin ■■■■■. Die Angeklagten seien unmittelbar am Container angetroffen worden. Die Container seien geöffnet gewesen. In den Taschen der Angeklagten haben sich Lebensmittel befunden. Die Angeklagten haben ihnen mitgeteilt, dass sie die Lebensmittel aus den Containern entnommen haben und dass dies aus moralischen Gründen geschehen sei. Auch haben die Angeklagten eingräumt, dass sie die Container mit dem aufgefundenen Vierkantschlüssel geöffnet haben. Dies haben die Angeklagten bereits vor Belehrung, aber auch nach Belehrung mitgeteilt. Die Angeklagten seien sehr überrascht gewesen, als sie an der Tatörtlichkeit auf frischer Tat angetroffen wurden. Der zunächst durch den Geschäftsführer der Firma Edeka gestellte Strafantrag sei von diesem, nachdem in seine Richtung erheblicher öffentlicher Druck entstanden sei, wieder zurückgenommen worden. Der Marktleiter hat bestätigt, dass der Container abends mit einem Schloss, welche mit einem Vierkantschlüssel geöffnet werden kann, gesichert worden sei. Die Lebensmittel seien dann wieder von den Angeklagten auf entsprechende Aufforderung zurück in die Container gelegt worden. Die Angeklagten seien kooperativ gewesen. Es sei nicht richtig, dass die Angeklagten, wie von diesen behauptet, wie Schwerverbrecher behandelt worden seien. Die Kollegin habe die beiden Angeklagten lediglich kurz abgetastet und habe diese ihre Hosentaschen ausleeren lassen.

4. Der Zeuge ■■■■■ hat angegeben, dass er der Filialleiter der Edeka Filiale in Olching, Feursstraße 56 sei. Nach Mitteilung des Sachverhalts durch die Polizei habe er zunächst

Strafantrag gegen die beiden Angeklagten wegen Diebstahls gestellt.

In dem Container, der abends immer verschlossen werde, werden durch die Firma Lebensmittel, die abgelaufen sind oder Ware, die wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes nicht mehr verkauft werden könne, entsorgt. Für die Entsorgung der Lebensmittel, müsse die Firma Edeka Zahlungen leisten. Ab Jahresanfang 2018 werden die Lebensmittelcontainer verschlossen und mit einem Schloss gesichert. Er habe den Strafantrag, nachdem es zu massiven Angriffen im Internet gegen ihn gekommen sei, wieder zurückgenommen. Bis Anfang des Jahres 2018 seien die Container nicht verschlossen worden. Nachdem die Revision der Zentrale des Konzern das Verschließen der Container verlangt habe, sei dies geschehen. In der Folgezeit seien die Container jedoch immer wieder aufgebrochen worden.

5. Der Zeuge ■■■■■, der Bezirksleiter der Firma Edeka hat angegeben, dass Waren, die nicht mehr verkaufsfähig seien, in der Mülltonne entsorgt werden müssen. Dies sei Ware, die möglicherweise auch wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes nicht mehr verkauft werden könne. Es bestehe die Anweisung, die Tonnen zu verschließen. Grund hierfür sei der unbefugte Zugriff Dritter, mit hieraus resultierenden möglichen Haftungsansprüchen.

IV.

Die Angeklagten waren daher zu verurteilen wegen eines Vergehens des gemeinschaftlich begangenen Diebstahls gemäß §§ 242 I, 25 II StGB.

Entgegen der Ansicht der Verteidigung muss festgestellt werden, dass die Lebensmittel sich noch im Eigentum der Firma Edeka befunden haben. Diese ist für die in den Abfallcontainern entsorgte Ware haftungsrechtlich verantwortlich. Das die Firma Edeka nicht auf ihr Eigentum verzichtet hat und nicht jedem Zugriff Dritter Preis gegeben hat, kommt auch durch das Verschließen der Container mit einem Schloss eindeutig zum Ausdruck. Damit ist für jeden erkennbar, dass die Ware gerade nicht jedem Zugriff Dritter Preis gegeben werden soll. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass die Ware noch weiter im Eigentum der Firma Edeka steht. Eine sogenannte Eigentumsaufgabe im Wege der Dereliktion gemäß § 959 BGB hat jedenfalls nicht vorgelegen.

Weil die Fa. Edeka durch das Verschließen des Abfallcontainers eindeutig und für jeden Dritten erkennbar zum Ausdruck gebracht hat, dass keinerlei Eigentumsaufgabe vorgelegen hat, konnten auch die Angeklagten nicht davon ausgehen, dass eine Eigentumsverzicht vorgelegen hat. Auch die äußeren Umstände sprechen eindeutig dafür, dass die Angeklagten tatsächlich wussten, dass die Wegnahme der Lebensmittel den Tatbestand des Diebstahl erfüllt. Die Angeklagten haben die Lebensmittel im Schutze der Dunkelheit heimlich entwendet und haben noch vor Ort eingeräumt, dass sie aus moralischen Gründen die Lebensmittel weggenommen haben.

V.

Bei der Strafzumessung hat das Amtsgericht berücksichtigt, dass die entwendete Ware für den Eigentümer wertlos war und dass die Angeklagten, wenn auch nicht bei Gericht, so jedoch bereits unmittelbar bei Tatbegehung vor der Polizei ein vollumfängliches Geständnis abgelegt haben. Zu ihren Gunsten hat das Amtsgericht auch berücksichtigt, dass die Angeklagten nicht in Bereicherungsabsicht gehandelt haben, sondern einzig um auf den kritikwürdigen Umgang unserer Gesellschaft mit Lebensmittel und anderen Ressourcen hinzuweisen. Zuletzt hat das Amtsgericht berücksichtigt, dass die Angeklagten bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten sind. Das Amtsgericht hat die Überzeugung, dass die Angeklagten zukünftig sich nicht erneut einschlägig strafbar machen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände war es vorliegend vortretbar, die Angeklagten lediglich gemäß § 59 StGB zu verwarnen und die Verurteilung zu einer tat- und schuldangemessenen Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 EUR vorzubehalten.

VI.

Die Kostenfolge ergibt sich aus §§ 464 I, 465 I StPO.

gez.

Johann Steigmayer
Richter am Amtsgericht



Für die Richtigkeit der Abschrift
Fürstenfeldbruck, 04.03.2019

Westermann
Westermann, JAng
Urundsbeamtin der Geschäftsstelle

Anlage IX

Der Strafrichter verkündete durch Verlesen der Urteilsformel und mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe

IM NAMEN DES VOLKES

folgendes

URTEIL

Die Angeklagten **Kuhn** Caroline, geb. [REDACTED] und **Schmitt** Franziska Maria, geb. [REDACTED] - übrige Personalien wie erhoben - sind schuldig eines gemeinschaftlich begangenen Diebstahls.

Die Angeklagten werden verurteilt.

Die Verurteilung zu einer

Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 EUR

bleibt vorbehalten.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten.

Angewendete Vorschriften: § 242 I, 59, 25 II StGB.

Der Strafrichter verkündete folgenden

Beschluss

1. Die Bewährungszeit beträgt 2 Jahre ab Rechtskraft der Entscheidung.
2. Der Verurteilten Schmitt Franziska Maria und der Verurteilten Kuhn Caroline wird auferlegt:
 - 8 Arbeitsstunden bei der Brucker Tafel, Münchner Straße 1, 82256 Fürstenfeldbruck binnen 3 Monaten ab Rechtskraft des Urteils abzuleisten

- während des Laufes der Bewährungszeit jeden Wohnungswechsel dem Gericht unter Angabe der vorgenannten Geschäftsnummer unverzüglich anzuzeigen

Auf Rechtsmittelbelehrung wurde verzichtet.


Belehrung nach § 268 a Abs. 3 StPO (Bewährung) wurde erteilt.

Protokoll wurde fertiggestellt am:

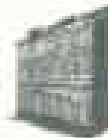
Johann Steigmayer
Richter am Amtsgericht

Justizangestellte Westermann
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt:
Druck, von
14.02.2019
H. Schlegel
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Anlage X



Rechtsanwalt
Im Liebknechthaus Leipzig
Marie Mallus

Bräuerstraße 14/200
04107 Leipzig

T: 0341 3434444

F: 0341 3434445

E: marie.mallus@liebknechthaus-leipzig.de
P: 0341 3434446

Unterzeichnet: 1630/2018
von: 3 Cs 42 Js 26676/18

Datum: Leipzig, den
08.02.2019

Rechtsanwalt Marie Mallus - Braunschweig - Vertretungsbefugnis

Amtsgericht Fürstfeldbruck
(Abt. Strafsachen)
Stadelbergerstraße 5
82256 Fürstfeldbruck

- auch via Fax -

In dem Strafverfahren gegen
././ Schmitt u.A.
3Cs 42 Js 26676/18

lege ich für und im Namen von Franziska Maria Schmitt

Rechtsmittel gegen das Urteil und den Schuldspruch vom 30.01.2019 ein.

Die Benennung des Rechtsmittels wird ausdrücklich vorbehalten.


- Rechtsanwalt -

Anlage XI



Rechtsanwalt
im Liebknechtshaus Leipzig
Max Mallus

Kraussstraße 14/230C
04107 Leipzig

T 0341 6841949

F 0341 6841947

E-Mail: info@liebknechtshaus-leipzig.de
PCP: 1028102

Unter-Zahlen: 1630/2019
Aktenzeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18

Datum: Leipzig, den
04.04.2019

Rechtsanwalt Max Mallus · Kraussstraße 14 · 04107 Leipzig

Amtsgericht Fürstfeldbruck
(Abt. Strafsachen)
Stadelfbergerstraße 3
82256 Fürstfeldbruck
- wir schreiben Sie -

**In der Revision gegen das Urteil des
Amtsgerichts Fürstfeldbruck vom
30.01.2019 der Angeklagten Schmitt
Aktenzeichen: 3 Cs 42 Js 26676/18**

verfolgt die Angeklagte Schmitt den Antrag auf Freispruch wegen der Verurteilung
gemeinschaftlich begangenen Diebstahls

als Revision gegen den Urteilspruch vom 30.01.2019 weiter
und beantragt den Freispruch.

In der Sache wird die Verletzung materiellen Rechts gerügt.

**A. Zulässige Revision gegen das Urteil des Amtsgerichts
Fürstfeldbruck vom 30.01.2019**

Die Revision ist zulässig.

I. Statthafte Sprungrevision

Die Revision ist gerichtet auf die Überprüfung des erstinstanzlichen Urteils des
Amtsgerichts Fürstfeldbruck. Nach §§ 333, 335 StPO kann das Urteil statt mit
der Berufung mit der Revision angefochten werden. Das gegen das erstinstanzlich
gerichtete Urteil eingelegte Rechtsmittel der Sprungrevision ist durch § 313 StPO
nicht ausgeschlossen, so dass es eines Annahmebeschlusses nach § 322a StPO
nicht bedarf (vgl. MUKoStPO/Knauer/Kudlich, 1. Aufl. 2019, StPO § 335 Rn. 3;



BGH 25.1.1995 – 2 StR 456/94, BGHSt 40, 395 (396 f.) = NJW 1995, 2367 (2368); BayObLG 19.8.1993 – 5 St RR 78/93, BayObLGSt 93, 147 = StV 1993, 572; BayObLG 29.12.1993 – 5 St RR 116/93, StV 1994, 238; OLG Celle 5.11.1996 – 3 Ss 140/96, NStZ 1998, 87; OLG Düsseldorf 30.8.1994 – 2 Ss 232/94, StV 1995, 70; OLG Hamm 14.8.2003 – 2 Ss 439/03, NJW 2003, 3286 (3287); 6.5.2010 – 2 Ss 220/09, NStZ 2011, 42; OLG Karlsruhe 16.3.1994 – 2 Ss 113/93, StV 1994, 292; 20.7.1995 – 3 Ss 88/94, NStZ 1995, 562; Zweibrücken 7.1.1994 – 1 Ss 140/93, StV 1994, 119 (120); SK-StPO/Frisch Rn. 27, SSW/Widmaier/Momsen Rn. 3, Löwe/Rosenberg/Franke Rn. 2, Radtke/Hohmann/Nagel Rn. 7; eingehend Tolksdorf FS Salger, 1995, 402 ff.).

II. Rechtsmittelbefugt

Der verurteilten Angeklagten steht das Rechtsmittel der Revision zu. Der Unterzeichner ist entsprechend bevollmächtigt, §§ 296 Abs. 1, 297 StPO.

III. Beschwer

Mit Tenor der Entscheidung unter dem 30.01.2019 ist die Revisionsführerin Schmitt Franziska Maria, geb. 04.03.1993 beschwert, sie ist demnach schuldig eines gemeinschaftlich begangenen Diebstahls. Die Angeklagte wurde verurteilt. Die Verurteilung zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 EUR blieb vorbehalten. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten. Angewendete Vorschriften: §§ 242 I, 59, 25 II StGB. Mit dieser Tenorierung sind die Rechte und die rechtsgeschützten Interessen der Revisionsführerin einer unmittelbar Beeinträchtigung unterlegen (Dahs, Die Revision im Strafprozess 9. Auflage 2017, Rn. 34), da sie aus tatsächlichen wie rechtlichen Gründen zu Unrecht verurteilt wurde die oben genannte Straftat begangen zu haben. Die Revisionsführerin ist durch Schuldspruch unmittelbar betroffen.

IV. Form

Das Rechtsmittel wurde am 06.02.2019 bei dem Amtsgericht Fürstentfeldbruck, dem iudex a quo, § 341 Abs. 1 StPO durch die Verteidigung eingelegt. Die Revisionsbegründung geht mit dem Tag der Einreichung ein und ist demnach fristgemäß.



B. Begründete Revision

Die Revision ist begründet, die Verurteilung beruht auf einer Verletzung des Gesetzes. Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist, § 337 Abs. 2 StPO.

Die Revision ist wegen der Sachrüge begründet.

Sachrüge

Die Sachrüge wird in allgemeiner Form erhoben.

Insbesondere gerügt wird, dass das Gericht in seinem Urteil davon ausgegangen ist, dass es sich bei den aufgefundenen Lebensmitteln bei den Angeklagten um Gegenstände im Sinne des § 90 BGB gehandelt hat, die im Eigentum eines anderen gestanden haben sollen.

Das Gericht unterliegt der Annahme, dass Lebensmittel, die in einem für Lebensmittelabfall vorgesehenen Abfallcontainer auf einem nicht umzäunten Grundstück weggeworfen werden, weiterhin im Eigentum des sich Entledigenden stehen.

Nicht hinreichend berücksichtigt hat das Gericht die Aussage des Zeugen Bollmann, der in der Haupthandlung ausgesagt hat, dass weder er selbst noch seine Mitarbeiter ein Interesse an dem Verbleib der durch sie weggeworfenen Lebensmittel haben. Zudem wurde nicht hinreichend berücksichtigt, dass dem Zeugen Bollmann als Filialleiter Kosten für den Abtransport der weggeworfenen Lebensmittel in Form der Müllgebühren entstehen.

Beweis: Protokoll Seite 6

Dagegen hat das Gericht angenommen, dass die vereinbarten Arbeitsabläufe am Edeka Supermarkt am Tattag ebenso stattgefunden haben, wie in der Beschreibung der allgemeinen Arbeitsabläufe des Zeugen Bollmann dargelegt. Das Gericht hat es soweit auch unterlassen auf die Beweis Anregung des Unterzeichners einzugehen, den entsprechenden Mitarbeiter, der die hier in Rede stehenden Tatobjekte am Tattag in den Mülleimer warf, vorzuladen und nach den Umständen dieser Handlung und die eventuelle, für die Angeklagte günstige Dereliktion Istd § 959 BGB der Lebensmittel, wie von der Verteidigung vorgebracht, aufzuklären.



Nach § 242 StGB sind nur fremde bewegliche Sachen diebstahlsfähige Objekte.

Fremd ist die Sache, die einem anderen als dem Täter gehört. Maßgebend ist das Eigentum nach bürgerlichem Recht (NSStz-RR 00, 234; Düsseldorf NJW 88, 1335; Küper BT S 259; Mitsch BT 2,1 1/21; zum IPR oben 1 mit Brutscher). Erfasst wird das Eigentum aller Rechtssubjekte, nicht aber das sog. wirtschaftliche Eigentum, (hM; krit Otto, Die Struktur des strafrechtlichen Vermögensschutzes, 1970, S 143; JZ 93, 559 und Jura 04, 389; wirtschaftliche Betrachtungsweise; Lampe, in: Müller-Dietz [Hrsg], Strafrechtsdogmatik und Kriminalpolitik, 1971, S 59, 63; s auch Liver, Schultz-Festg, S 108, 121).

Nicht fremd sind Sachen, die in niemandes Eigentum stehen oder stehen können, namentlich freie Luft, fließendes Wasser, wilde Tiere in Freiheit (§ 960 BGB; Fischer 6; s jedoch Hammer NuR 92, 62; unten 19, sowie §§ 292, 293) und vom Eigentümer nach § 959 BGB derelinquierte Sachen (Düsseldorf NJW 83, 2153 mit Anm Bottke JR 84, 35; b Bay JR 87, 128 mit Anm Keller; Düsseldorf JMBINRW 92, 191).

Unzweifelhaft standen die hier in Rede stehenden Lebensmittel sowohl nach formeller als auch nach wirtschaftlicher Betrachtungsweise, solange sie zum Verkauf in den Regalen des Supermarktes Edeka in Fürstentfeldbruck angeboten wurden, im Eigentum der Filiale.

Es ist jedoch nicht ersichtlich, weshalb das Gericht in diesem Fall davon ausgegangen ist, dass das Wegwerfen von Lebensmitteln in einen Abfallcontainer durch einen Mitarbeiter des Supermarktes, nachdem die Lebensmittel als unverkäuflich klassifiziert worden sind, hier als Angebot an den Entsorger gesehen wurde um neuer Eigentümer der Lebensmittelsachen zu werden – und nicht als Dereliktion.

Solfern Waren in einen öffentlich zugänglichen Abfallcontainer geworfen werden, der der Entsorgung als „Restmüll“ oder „Biomüll“ dient, wird man von einem Entledigungswillen des Eigentümers und damit von einer Dereliktion ausgehen können (MuKoStGB/Schmitz StGB § 242 Rn. 35).

Die Aufgabe des Eigentums ist ein einseitiges Verfügungsgeschäft des Eigentümers; hinzukommen muss ferner die Aufgabe oder der Verlust des unmittelbaren Besitzes an der Sache. Der Entschlagungswille muss aus der Sicht eines objektiven und verständigen Beobachters erkennbar betätigt werden und muss allerdings nicht besonders erklärt werden, wenn aus der Art und Weise und den Begleitumständen eine Besitzaufgabe erkennbar ist (Vergho, Zur Strafbarkeit von „Containern“, StrFo 1/2013, S. 16).



Nach den erkennbaren Feststellungen des Urteils, und der aufgeklärten Umstände hat der ehemals Berechtigte Herr Bollmann nach der Feststellung, dass ein Lebensmittel nicht mehr für den Verkauf geeignet ist, kein weitergehendes Interesse an dem Verbleib des Lebensmittelobjektes gehabt. Seine Mitarbeiter wurden dann angewiesen die Lebensmittel zu entsorgen, an der Kenntnis des Verbleibs besteht keinerlei Interesse.

Ferner unterstellt das Gericht die Funktion eines Schlosses bei einem Sechskant-Verschluss, und verkennt dabei den maßgeblichen Unterschied, dass der Sechskant-Verschluss an einem Container in erster Linie – anders als bei einem Schlüssel-Schloss - zur mechanischen Öffnung notwendig ist, und darüber hinaus ein nicht spezifischer Sechskantschlüssel sozusagen frei verfügbar für jedermann ist und damit nicht die Funktion einer besonderen Sicherung erfüllen kann.

Die Tatsache, dass jene Lebensmittel für deren Abtransport gezahlt werden muss, und die als nicht mehr für den Verkauf geeignet angesehen werden, in diesem Fall in einem für Lebensmittelabfälle bereit stehenden Container entsorgt wurden, der für jedermann zugänglich war, und nicht besonders gesichert war, hätte das Gericht zu weiteren Sachaufklärung ob der Umstände einer Deriktion anhalten müssen.

Bei dem Objekt des Lebensmittels – bei dem eine Vergleichbarkeit als natürliche Ressource mit den in niemandes Eigentum stehenden Sachen wie freie Luft, fließendes Wasser, wilde Tiere zu Grunde zu Grunde liegt, greift neben der Sozialbindung des Eigentums aus Art. 14 Abs. 2 S. GG, wonach dessen Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll, auch die verfassungsmäßige Leitentscheidung aus Art. 20 a GG, wonach die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu schützen sind.

Ein hergestelltes Lebensmittel ist Teil dieser die natürliche Lebensgrundlage des Menschen.

Das Lebensmittelobjekt ist nach der Verbringung in einen Müllcontainer offensichtlich vom Berechtigten nicht mehr dazu vorgesehen, dazu verwendet zu werden, wofür es hergestellt wurde. Auch nach den Aussagen im Verfahren ist das Lebensmittelobjekt für den ehemaligen Berechtigten wertlos gewesen, sodass durch die nach außen manifestierende Handlung des Wegwerfens auch Aufgabe des Besitzes als notwendige Voraussetzung der Deriktion vorlag.

Der historische Gesetzgeber konnte nicht erahnen, dass – wie in der heutigen Zeit - diese Masse an Lebensmitteln ungenutzt in den Müll geworfen werden, und die Vernichtung von Werten Einzug in die Lebensweise der bürgerlichen Gesellschaft gehalten hat, nichtsdestotrotz liegt nichts näher, als eine Eigentumsaufgabe bei



Rechtsanwalt
im Liebknechtshaus Leipzig

Max Malkus

Unser Zeichen
Ihr Zeichen

1630/2018
3 Cs 42 Js 26676/

1.18

der Verbringung von Lebensmitteln – und anderen Gegenständen – in einen Mülleimer, anzunehmen. Eventuelle abstrakte haftungsrechtliche Folgefragen entscheiden soweit nicht über die Eigentumsaufgabe als solche, und damit über die Frage, ob hier ein diebstahlfähiges Objekt vorliegt.

Weitere Ausführungen werden einem gesonderten Schriftsatz vorbehalten.


- Rechtsanwalt -

Aufgabe XII



Rechtsanwalt
im Liebke & Partner Leipzig
Max Müller

Rechtsstraße 15/200
04109 Leipzig

T: 0341 9411911

F: 0341 9411912

E: max.mueller@liebke-recht.de
AGP 3084408

Umsatz-Zertifikat: 1890/2018

im Zeichen: 603 St 319/19

Datum: Leipzig, den
12.06.2019

Rechtsanwalt Max Müller, Braunsfelde 15, 04109 Leipzig

Generalstaatsanwaltschaft München
Karlsstraße 66
80335 München

verrah via Fax

In der Revision gegen das Urteil des Amtsgerichts
Fürstenfeldbruck vom 30.01.2019 der
Angeklagten Schmitt

Aktenzeichen : 603 St 319/19

erwidert

die Angeklagte Schmitt auf die Gegenerklärung der
Generalstaatsanwaltschaft (Nr. 185 Abs. 1 lit. b) RiStBV, § 347
StPO):

Die Staatsanwaltschaft hat trotz des erklärten Interesses an der Strafverfolgung der Angeklagten bisher offen gelassen, worin der Unrechtsgehalt der von ihr der Angeklagten vorgehaltenen Handlung liegen mag.

Der Vorhalt der strafrechtlichen Verfehlung ist rein formalistischer Natur, und die Rechtsordnung durch die hier behauptete Handlung nicht gefährdet, es ist auch nicht gelungen darzustellen, wegen welchem weggeworfenen Joghurtbechers und welchem vermeintlich beschädigten oder nicht beschädigten Apfels (oder Birne) nun die „Wegnahme“, insbesondere an Eigentum an beweglichen Gegenständen im Sinne des Bürgerlichen Rechts aus einem unstreitig für Abfall im Sinne des § 3 Abs. 1 KrWG vorgesehenen Containers die Aufrechterhaltung des öffentlichen Interesses rechtfertigt.

Die staatsanwaltschaftliche Darstellung der Gegenerklärung und die darauf beruhenden Annahmen gehen dahingehend fehl, als dass die in Rede stehenden Abfallcontainer, so wie denjenigen Zeugen, die aus unmittelbaren persönlichen Eindrücken einen Zusammenhang zwischen der hier vorgeworfenen Tat, dem Tatort und den Angeklagten herstellen konnten angaben, zu jedweder Zeit „frei“.



d.h. für die Öffentlichkeit zugänglich waren. Weder befand sich zum Zeitpunkt der Tat ein Zaun oder eine andere Befriedung an oder um das hier in Rede stehende Areal. Ferner hat das Amtsgericht in der Hauptverhandlung (auch auf Nachfrage) auch keine weiteren Befriedungsinstrumente, Kennzeichnung, Schilder, oder sonstige Notizen festgestellt, die auf eine Einfriedung eines Raumes auch nur hingedeutet hätten.

Dieser Zustand änderte sich auch nicht zu einer bestimmten Uhrzeit am Tage, nicht zur Sommer- und Winterzeit, nicht bei Einbruch der Dunkelheit, nicht bei Dämmerung und schlechten Sichtverhältnissen, und auch nicht dann, wenn die Generalstaatsanwaltschaft Annahmen oder Absichten ins Blaue hinein aufgrund einer vermeintlichen von ihr behaupteten Indizienkette trifft. So ist es geradezu widersprüchlich, wenn den Angeklagten unterstellt wird deswegen einen vermeintlichen Diebstahl in subjektiver Tathinsicht beabsichtigt zu haben, weil sie nach halb vier am Mittag am Tatort gewesen sind, um sich dort vermeintlich zu verbergen (vor wem?) und zur gleichen Zeit die Annahme getroffen wird, den Angeklagten sei gerade deswegen auch in subjektiver Weise der Tatvorwurf zu machen, weil diese gerade in der Tat die Aufmerksamkeit gesucht hätten um auf die seit Jahrzehnten grassierende, und dem Interesse der Exekutive zuwiderlaufende, aber steuerlich subventionierte Lebensmittelverschwendung als Problem in der Lebensmittelverkaufskette und im Kontext des Ressourcenschutzes und damit des Schutzes für sich und künftige Generationen aufmerksam zu machen – was mithin die vorgehaltene Tat rechtfertigen würde (OLG Naumburg - Urteil vom 22.02.2018 - 2 Rv 157/17). Beide Annahmen trifft die Staatsanwaltschaft gleichermaßen, mithin willkürlich.

Nicht verkannt werden darf, welchen andauernden Belastungen und Verunglimpfungen die Angeklagten durch die Reaktionen auf die öffentliche Präsenz in diesem Strafverfahren ausgesetzt sind, und mit welchen Vorhalten und Vorverurteilungen sie auch insbesondere der Öffentlichkeit schon jetzt umgehen müssen. So wird ihnen in den unzählbaren Berichterstattungen über die hier zur Verhandlung stehenden Tat, schon bereits vor Beginn der Hauptverhandlung am Amtsgericht und auch jetzt die rechtskräftige Begehung eines Diebstahls vorgehalten, ohne einen Unterschied in Verdacht, Anklage, und Verurteilung zu machen.

Wenn die Staatsanwaltschaft hier angibt, das bürgerliche Eigentum im Sinne des Bürgerlichen Rechts durch die Anklage zu verteidigen, klammert sie die aus dem Eigentum entstehende Verantwortung eines jeden Eigentümers – auch des Lebensmitteleigentümers aus. Sie lässt die Feststellung ausreichen, dass es allgemein Anweisung der oberen Leitung der Firma Edeka gegeben hätte, Tonnen von noch genießbaren Lebensmitteln der Vernichtung zuzuführen. Nicht ausreichend ist es jedenfalls, die Behauptung einer allgemeinen



Betriebsanweisung eines nicht am Ort eingesetzten Zeugen als belastbare Aussage für den tatsächlichen Ablauf eines Lebensgeschehens zu hören, anstelle dessen aufzuklären welche tatsächliche sachenrechtlichen Zuordnung der „verlustige“ Gegenstand nun am Tattag erfahren hat.

So sich die Fremdheit der Sache im Rahmen der Zivilrechtsakzessorietät auf das Bürgerliche Recht beziehen muss (vgl. MuKoStGB-Schmitz, § 242 Rn. 33), ist hier selbstverständlich zunächst von einer Dereliktion im Sinne des § 959 BGB auszugehen. Wo anders als im Abfallcontainer entledigt sich die Person ihres Eigentums und welcher andere Gehalt soll sich in dieser öffentlich kundgetanen – nicht empfangsbedürftigen Willenserklärung des Wegwerfens verbergen. Es ist durch das Amtsgericht gerade nicht festgestellt, welche Abläufe sich am Tattag zugetragen haben, so dass Obst und Gemüse in einem Abfall-Container des Supermarktes gelandet sind. Noch, dass ein anderes dieser Erklärung vorgelagerte Indiz vorgelegen hat, dass darauf hindeutete, dass hier gerade nicht das Eigentum im Sinne des Bürgerlichen Rechts aufgegeben werden sollte.

Es sei dann in dieser Erwiderung auf die Gegenerklärung der Staatsanwaltschaft ausgesprochen, dass es gegen Denkgesetze verstößt, ohne Weiteres davon auszugehen, dass Lebensmittel in einem Abfall-Container von dem vormals Berechtigten nicht im Sinne des Bürgerlichen Rechts entledigt wurden. Und wiederholt, dass nachrangige Fragen, wie die der Entsorgung von noch genießbaren vollwertigen Lebensmitteln oder eine Ingerenz-Haftung aus sonstigen entledigten Gegenständen im Sinne des Bürgerlichen Rechts gerade nicht die hier zu Grunde gelegte Indizwirkung haben.

Aus Sicht der Angeklagten war es zum Zeitpunkt der hier angeklagten Tat nicht erkennbar, in welcher Weise welches Gesetz hier Anwendung findet. Dies auch gerade auf Grund der divergierenden Rechtsprechung bezüglich der hier angeklagten Handlung des „Containerns“ in anderen Bundesländern, (vgl. „Freispruch für's Containern“, Amtsgericht Hannover 2772 Js 66456/18) und der herrschenden juristischen Literaturmeinung (MuKoStGB/Schmitz StGB § 242 Rn. 35), wonach bei einem Eigentümer mit der Entsorgung des Mülls eine Dereliktion angenommen werden muss. Es ist für die Angeklagte nicht möglich gewesen adäquat zu erkennen, dass die vorgeworfene Handlung vermeintlich gegen § 242 StGB verstoßen würde und eine strafrechtliche Ahndung nach sich ziehen könnte.

So ergibt sich auch aus den Rechtsordnungen der Nachbarländern, dass etwa in dem für den europäischen Kulturraum prägenden Frankreich, die die Vernichtung von Lebensmitteln für größere Lebensmittelhändler seit 2016 untersagt (Gesetz über die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung vom 11. Februar 2016 (LOI n°

2016-138 relative à la lutte contre le gaspillage alimentaire) ist, und das



Herausnehmen von noch genießbaren Lebensmitteln, die der Vernichtung zugeführt werden sollen, gerade gewollt und geboten ist. Ähnlich verhält es sich in Tschechien.

Aber selbst wenn man Gegenteiliges unterstellte, endete die strafrechtlich geschützte Rechtsposition mit dem Wegwerfen der Lebensmittel durch die Firma Edeka. Denn der Diebstahlsatbestand kann das fremde Eigentum nur soweit schützen, wie der zivilrechtliche Eigentumsbegriff reicht und der Grundsatz dieser Zivilrechtsakzessorietät des Eigentumsschutzes findet dort seine Grenzen, wo sich aus Gründen des Verfassungsrechts ergibt, dass eine Restriktion des strafrechtlichen Tatbestandes geboten ist. Im vorliegenden Fall endete die etwaige strafrechtlich geschützte Rechtsposition der Firma Edeka an den Lebensmitteln mit dem Wegwerfen eben dieser.

Während das Zivilrecht das privatrechtliche Eigentum auch auf Positionen erstrecken kann, an deren Schutz kein nachvollziehbares materielles oder immaterielles Interesse des Eigentümers besteht, ist der strafrechtliche Schutz des Eigentums, ebenso wie der jedes anderen Rechtsguts, auf strafwürdiges Verhalten beschränkt. Soweit ist der Anwendung des Strafrechts auf Grund seines eingriffintensiven Charakters in die Freiheit der Person auf ein Verhalten zu beschränken das in besonderer Weise sozialschädlich und für das geordnete Zusammenleben unerträglich, seine Verhinderung daher besonders dringlich ist (Ultima Ratio Grundsatz; vgl. BVerfGE 88, 203, 258, 120, 224, 240). Eine Entnahme entsorgter, (aus der Perspektive des vormals Berechtigten) unverkäuflicher Lebensmittel aus einem Abfall-Container ist unabhängig davon, ob an diesen Lebensmitteln noch zivilrechtliches Eigentum bestand, jedenfalls nur dann strafwürdiges Verhalten, wenn es irgendein schützwertes Interesse des „Eigentümers“ gibt, der auf die Lebensmittel zugreifenden Person dieses Zugreifen zu untersagen.

Ein solches schützwürdiges Interesse liegt hier nicht vor. Die als unverkäuflich klassifizierten Lebensmittel waren für die Firma Edeka jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht wertlos. Es bestanden auch keine immateriellen Interessen der Firma Edeka an der Nicht-Entnahme dieser Lebensmittel durch die Angeklagten. Insbesondere hat das Amtsgericht nicht festgestellt, dass es der Firma Edeka um die Übereignung der weggeworfenen Lebensmittel an bestimmte Dritte ging, wie etwa im Fall von Sammelaktionen (vgl. BayOLG NJW 1986, 72). Anders als in anderen von der fachgerichtlichen Rechtsprechung entschiedenen Fällen, etwa bei der Entsorgung einer EC-Karte samt PIN oder der vom Künstler selbst als misslungen erachteten Skizze (vgl. OLG Hamm, Beschl. v. 10.2.2011, Az.: III S RVs 103/10; AG Köln, Ur. v. 24.4.2019), bestand in diesem Fall auch kein rechtlich anerkanntes Interesse an der umstandslosen Vernichtung der Lebensmittel.



Auch sind auf Seiten der vermeintlich Geschädigten nur Interessen einer juristischen, und damit einer nicht unter dem Zwang zur Nahrungsaufnahme stehenden Person betroffen.

Sowohl die Bundesregierung, wie auch die Justizminister der deutschen Länder erklären ausdrücklich, dass die Vernichtung unverkäuflicher, aber verzehrbarer Lebensmittel als Lebensmittelverschwendung sozial unerwünscht ist (vgl. Beschluss der 90. Justizministerkonferenz v. 5./6.6.2019; Kampagne „Zu gut für die Tonne“, Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft).

Allentfalls ging es der Firma Edeka darum, der ihr obliegenden Pflichten zu einer fachgerechten Entsorgung von Abfällen nachzukommen. Dieses Interesse wurde durch die Entnahme der lediglich unverkäuflichen, aber noch nicht verdorbenen Lebensmittel, durch die Angeklagten aber jedenfalls nicht berührt. Denn diese Entnahme geschah nicht auf Veranlassung der Firma Edeka und ändert daher nichts daran, dass die Firma Edeka ihre abfallrechtlichen Pflichten, sofern sie sich überhaupt auf lediglich unverkäufliche Lebensmittel erstreckten, erfüllte.

Da in dem Verhalten der Angeklagten unabhängig von dem – aus den im Revisionsschriftsatz dargelegten Gründen zweifelhaftem – Fortbestehen des Eigentums der Firma Edeka kein strafwürdiges Verhalten liegt, war im konkreten Fall aus Verfassungsgründen eine teleologische Restriktion des Diebstahlstatbestands geboten.



- Rechtsanwalt -

Anlage XIII



Rechtsanwalt
im Liebknechtthaus Leipzig

Max Mülkau

Bräuerstraße 15 / 2.OG
04109 Leipzig

Telefon: 0371 311111

Fax: 0371 311112

E-Mail: mulkau@liebknechtthaus-leipzig.de
PGH: 0488308

Umsatzzeichen: 1630/2018
Urzeichen: 603 Ss 319/19

Datum: Leipzig, den
09.07.2019

Rechtsanwalt Max Mülkau, Bräuerstraße 15, 04109 Leipzig

Strafamt des Bayerischen Obersten
Landesgerichts
Nymphenburger Straße 16
80797 München

Personalvize: Pat.

In der Revision gegen das Urteil des Amtsgerichts
Fürstfeldbruck vom 30.01.2019 der
Angeklagten Schmitt.

Aktenzeichen: 603 Ss 319/19

reicht die Verteidigung die beiliegende Entscheidung des Reichsgerichts -
Urteil vom 03. Februar 1914 - II 823/13 (RGSt 48, 121-124) dem Revisionsgericht
zu Entscheidungsfindung und zur Unterstützung der bisher vorgebrachten
Revision. Das Reichsgericht bestätigte in dieser Entscheidung den allgemein
gültigen Erfahrungssatz, dass weggeworfene Lebensmittel im Mülleimer von
Seiten des Strafrechts als herrenlos zu werten seien, und daher ein Diebstahl
wegen der Wegnahme einer fremden beweglichen Sache (Sd § 242 StGB nicht in
Frage kommt).

Dem Landgericht muß darin beigetreten werden, daß der Tatbestand des
Diebstahls wie der Unterschlagung nicht erfüllt ist. Das Urteil sagt: „Die
Hausbewohner tun nur solche Speisereste in den Speiseeimer des
Hauseigentümers, die für sie wertlos sind und an deren Verwertung sie selbst kein
Interesse mehr haben. Durch das Hineinschütten in den Speiseeimer wollten sie
sich des Eigentums an den Speiseresten begeben und wollen hiermit nichts mehr
zu tun haben.“ Damit spricht das Landgericht einen Erfahrungssatz aus, den es
als allgemein gültig hinstellt. Gegen die Richtigkeit dieses Satzes sind von Seiten
des Revisionsgerichts Einwände nicht zu erheben.

RG, Urteil vom 03. Februar 1914 - II 823/13.

Auf diesen mindestens einhundert Jahre alten Erfahrungssatz in der Anwendung
deutschen Strafrechts - Lebensmittel in einem Müllcontainer sind herrenlos -
vertraut die Anklage, wenn ihr die Wegnahme von weggeworfenen Lebensmitteln
zum Vorwurf gemacht wird. Im Übrigen wird auf die bisherigen Schriftsätze Bezug
genommen.

Rechtsanwalt -

Bestätigung:

Spezialamt Leipzig
0371 311111
0371 311112

37. 1. Kann Hundemüll, der zur Nahrung heringeführt ist, Gegenstand der Diebstahl oder Hantichlagung sein?
 2. Kann in Fährten durch Polizeiverordnung das Wegnehmen dieses Hundemülls bei Strafe verboten werden?

StGB. §§ 242, 249.

StGB. § 303.

Geiz über die Polizeiverordnung vom 11. März 1866 (AB. S. 765)
 § 41.

II. Straffensatz. Art. v. 2. Februar 1814 g. D. u. Gen. II 825 14.

L. Vordemals Tscham.

Gründe:

„Auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 hat der Magistrat von Potsdam unter Zustimmung der Städteverordnetenversammlung und mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein Erbstatut (ESt.) vom 19. September 1910, betr. die städtische Abfuhranstalt beschlossen, wonach die Stadtgemeinde Potsdam zum Zweck der Abfuhr des Hundemülls eine städtische Abfuhranstalt als Gemeindefabrik errichtet, zu deren Benutzung alle Einwohner nach Maßgabe dieses Erbstatuts und der über die Hundemüllabfuhr erlassenen polizeilichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet sind“ (§ 10 ESt.). „Die Abfuhranstalt tritt in Tätigkeit, sobald jemand der Einwohner das Maß zur Abfuhr in der polizeilich vorgeschriebenen

Beize bereitgestellt ist" (§ 3 OS.). Im Anschluß an dieses Statut hat der Polizeipräsident von Potsdam durch die Polizeiverordnung (PVO.) vom 18. Oktober 1910, betr. die Abfuhr des Hausmülls, bestimmt:

§ 1. Jedermann ist verpflichtet, die Abfuhr seines Hausmülls durch die städtische Abfuhranstalt zu bewirken.

§ 2. Zu dem Hausmüll gehören ... die nicht flüssigen Küchenabfälle (Speisereste) aus den Wohnungen, ...

Nicht darunter verstanden sind gewerbliche und Betriebsabfälle aller Art aus Fabriken, Brauereien, größeren Werkstätten, Geschäftsküchen, Lagerhäusern, Strafanstalten, Kasernen ...

§ 3. Die Inhaber von selbständigen Wohnungen sind verpflichtet, Küchenabfälle (Speisereste) vom übrigen Hausmüll getrennt zu halten. Für Küchenabfälle (Speisereste) ist der Hauseigentümer oder dessen Vertreter verpflichtet, besondere Gefäße vorzuhalten, ...

§ 5. Gefäße, welche den vorstehenden Vorschriften entsprechen, werden von ihrem Standort auf den Grundstücken abgeholt und entfernt wieder zurückgestellt.

Als Standort der Gefäße für Küchenabfälle (Speisereste) ... ist der zunächst dem Hauseingang liegende Hofteil zugelassen, ...

§ 6. Das Durchsuchen, Durchmischen und Fernnehmen des Inhalts der zur Abholung bereitgestellten Gefäße ist verboten, ...

§ 7. Zuwiderhandlungen ... werden mit einer Geldstrafe von 1—30 \mathcal{M} bestraft. —

Der Baunreiter Hr., dessen Hausverwalter der Angeklagte G. ist, hat in dem Hof seines Hauses L.Str. 11/12 zu Potsdam einen Eimer (§ 3 PVO.) aufgestellt. In diesen Eimer schütten die Bewohner des Hauses ihre Speisereste zur Abholung durch die städtischen Müllfahrer (§ 3 PVO.). Die beiden Angeklagten, Eheleute H., haben vom Frühjahr 1912 bis April 1913 fortgesetzt Speisereste (angeblich im Werte von 80 bis 100 \mathcal{M}) aus diesem Eimer herausgenommen und zum Füttern ihres Fledermäus verwendet. Auf diesen Sachverhalt erklärt das Landgericht den § 242 StGB. und ebenso den § 246 des. für unanwendbar, denn die Speisereste in dem Eimer seien herrenlos gewesen, also nicht fremde Sachen im Sinne

dieser Vorschriften. Eine Verurteilung nach §§ 6 und 7 VBO. sei ebenfalls ausgeschlossen, und zwar wegen Ungültigkeit des § 6. Das Urteil lautet deshalb auf Freisprechung. Dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung des Urteils war in Übereinstimmung mit dem Antrag des Oberreichsanwalts stattgegeben.

1. Dem Landgericht muß darin beigetreten werden, daß der Tatbestand des Diebstahls wie der Unterschlagung nicht erfüllt ist. Das Urteil sagt: „Die Hausbewohner tun nur solche Sperrereien in den Speisereien des Hauseigentümers, die für sie wertlos sind und an deren Verwertung sie selbst kein Interesse mehr haben. Durch das Quereinstrichen in den Speisereien wollen sie sich des Eigentums an den Speisereien begeben und wollen hiermit nichts mehr zu tun haben.“ Damit spricht das Landgericht einen Erfassungssatz aus, den es als allgemein gültig hinstellt. Gegen die Richtigkeit dieses Satzes sind von Seiten des Revisionserichtes Einwendungen nicht zu erheben. Von seiner Richtigkeit gehen das OSt. und die VBO. ersichtlich aus. Das kann schon aus § 2 Abs. 2 VBO. und dem damit übereinstimmenden 2 2 Abs. 1 Satz 2 bel. geschlossen werden. Da, wo sich aus einem Betriebe größere Mengen von Abfällen ergeben, wo es sich also nicht mehr um Sachen handelt, die, wie die eigentliche „Hausmüll“, für den Eigentümer wertlos und ihm bloß lästig sind, will die VBO. und das OSt. nicht angewendet werden. Der Sinn der VBO. ist: Im öffentlichen Interesse der Sorge für Leben und Gesundheit § 6 f. des Gesetzes vom 11. März 1900) wird bestimmt, daß die Einwohner von Dordham, wenn sie sich des Eigentums an ihrem Hausmüll ergeben, ein bestimmtes Verhalten beobachten müssen, sie werden, wenn es sich dabei um Speisereite handelt, für verpflichtet erklärt, diese Reste in den dafür bestimmten, zur Abholung bereitgestellten Eimer zu schütten, der vom Hauseigentümer „vorzuhalten“ ist. Ein Recht wird von den Hausbewohnern und Hauseigentümern nicht gefordert. Aus der VBO. und aus dem OSt. ist insbesondere nicht zu entnehmen, daß die Hausbewohner verpflichtet sein sollen, ihr Eigentum auf den Magistrat zu übertragen.

Noch außerdem waren die Speisereite in dem für sie bestimmten Eimer des Hauses L.St. Nr. 17/12 herzuheben und für die Abgestellten nicht fremde Sachen im Sinne der §§ 245, 246 StGB.

Die Nichtanwendung dieser Strafvorschriften kann mithin nicht beanstandet werden. . .

II. Ferner und aus § 955 Abs. 1 BGB. folgt aber nicht, daß die Angeklagten befugt waren, die Kiste aus dem Eimer in Eigenbesitz zu nehmen. Denn ihnen stand, obwohl die Kiste herrenlos war, das gesetzliche Recht des Herausnehmens in § 6 BGB. entgegen. Solche Verbote sind in § 955 Abs. 2 BGB. vorgesehen und für wirksam erklärt. Der § 6 BGB. steht also nicht im Widerspruch, wie das Landgericht meint, sondern im Einklang mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Das Landgericht trägt seine Ansicht, der § 6 sei ungültig, noch auf die folgenden Gründe: Durch § 6 würden die Hausbewohner gehindert, nachträglich den Eimer daraufhin zu untersuchen, ob nicht etwa verheimlicht andere Sachen als Speisereste in den Eimer hineingegeben seien. Und ferner sei den Hauseigentümern durch verschiedene Bekanntmachungen des Magistrats zur Pflicht gemacht, sich davon zu überzeugen, ob die Mieter nur Küchenabfälle in die Eimer geworfen hätten. Das würde den Hauseigentümern aber durch den § 6 gerade verboten. Beide Gründe sind nicht stichhaltig.

Das Landgericht geht von der Ansicht aus, daß der § 6 uneingeschränkt gelten wolle. Diese Ansicht ist unzutreffend. Die Vorschrift ist vielmehr dahin auszulegen, daß als verboten zu gelten hat nur das unbefugte Durchsuchen, Durchwühlen und Herausnehmen. Es können Umstände vorliegen, die das Durchsuchen aus irgendwelchen Gründen als nicht rechtswidrig erscheinen lassen, namentlich also dann, wenn es bestimmten Personen zu bestimmten Zwecken erlaubt ist oder gar anbefohlen wird. Dann sind die sonst allgemein verbotenen Handlungen nicht unbefugt vorgenommen und nach § 6 BGB. nicht strafbar. Ein Widerspruch zwischen diesem § 6 und sonstigen Rechtsvorschriften tritt mithin nicht auf. Auch sonst bestehen gegen seine sachliche Gültigkeit keine Bedenken.

Das Landgericht mußte also untersuchen, ob die Angeklagten den § 6 BGB. schuldhaft übertreten und sich nach § 7 dsl. strafbar gemacht haben. Deshalb war mir geziemend zu erkennen. . . .

Anlage XIV

Generalstaatsanwaltschaft München



E

Generalstaatsanwaltschaft T. 18 (München)
Kaiserstrasse 1Bayrisches Oberstes Landgericht
Postfach:
80337 MünchenSachbearbeiter:
Frau Oberstaatsanwältin Grimm
Telefon: 089 5597-5335
Telefax: 089 5597-5638Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben:
Akten- / Geschäftszeichen:
603 Ss 319/19Ihr
Datum:
22.05.2019Strafverfahren gegen: Franziska Maria Schmitt
Caroline Kuhn
wegen: Diebstahls

hier: Revision d. Angeklagten

Mit: 1 Band Strafakten (Az.: 42 Js 20576/18)
1 Vorlagebericht der StA München II vom 26.04.2019
1 Abschrift dieses Antrags für die SenatsaktenI.
Mit Urteil des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck vom 30.01.2019 wurden die Angeklagten jeweils wegen gemeinschaftlichen Diebstahls verurteilt und eine Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 EUR vorbehalten.

Hingegen legten die Angeklagten jeweils mit Verteidigerschriftsatz vom 06.02.2019, eingegangen beim Amtsgericht Fürstenfeldbruck jeweils am selben Tag, form- und fristgerecht Rechtsmittel ein, welches als Revision weitergeführt wurde.

Mit den zulässigen Revisionen rügen die Angeklagten die Verletzung materiellen Rechts. Sie wenden an, die Lebensmittel, die sich in dem Abfallcontainer befunden hätten, seien infolge Dereliktion nicht mehr im Eigentum der Fa. Edeka gestanden. Die Fa. Edeka hätte auch keinen Gewahrsam mehr an den Sachen ausgeübt. Zudem würde es an der rechtswidrigen Zueignungsabsicht sowie am subjektiven Tatbestand fehlen. Insbesondere seien die Angeklagten von der mutmaßlichen Einwilligung der Fa. Edeka ausgegangen.

II.
Die Revisionen können keinen Erfolg haben.

1. Schuldspruch

Der Schuldspruch begegnet keinen rechtlichen Bedenken. Die vom Tatrichter getroffenen Feststellungen tragen den Schuldspruch wegen Diebstahls sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht. Rechtslehre zum Nachteil der Angeklagten sind nicht ersichtlich.

a) Eigentum der Fa. Edeka

Das Amtsgericht ist davon ausgegangen, dass sich die im Abfallcontainer befindlichen Lebensmittel noch im Eigentum der Fa. Edeka befanden. Eine Dereliktion hat nach Auffassung des Amtsgerichts durch Entsorgung in den Abfallcontainer nicht stattgefunden. Dies begegnet keinen rechtlichen Bedenken.

„Dereliktion“ (S.4, § 959 BGB) ist eine einseitige, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung, weshalb es für die Auslegung auf den tatsächlichen Willen des Eigentümers ankommt. Das Amtsgericht schließt eine solche Dereliktion aus und stützt dabei maßgeblich darauf ab, dass der Container verschlossen war und die Fa. Edeka für die entsorgte Ware haftungsrechtlich verantwortlich war (UA S. 5). Dies beruht ausweislich der Urteilsgründe auf den Angaben des Zeugen Häuser (UA S. 5), der angegeben hatte, dass die Anweisung bestanden hätte, die Tonnen zu verschließen. Grund hierfür sei der unbefugte Zugriff Dritter gewesen. Zudem hatte der Zeuge Bollmann angegeben, dass von der Revision der Zentrale das Verschließen verlangt worden war, in der Folgezeit seien die Container jedoch immer wieder aufgebrochen worden (UA S. 5). Soweit mit der Revision vorgefragt wird, der Zeuge Bollmann habe angegeben, dass man an den Dingen kein Interesse gehabt habe, sowie dass nach den Angaben des Zeugen Kleiner kein Motiv für das Versperren des Containers vorgelegen hätte, ist dieser Vortrag unbeachtlich, da urteilsfremd. Gegenstand der sachlich-rechtlichen Prüfung ist lediglich die Urteilsurkunde. Die Fa. Edeka verfolgte somit einen bestimmten Verwendungszweck, nämlich gerade die Entsorgung durch eine bestimmte, von ihr beauftragte Firma. Ausfluss der Eigentümerstellung ist es jedoch gerade auch, die Vernichtung der Sache selbst oder durch andere herbeizuführen (vgl. OLG Hamm, Beschluss vom 10.02.2011 – II-3 RVs 103/10).

Die Revision greift mit ihren Einwänden die Beweiswürdigung an, was in der Revisionsinstanz jedoch regelmäßig fehlt. Die revisionsrechtliche Prüfung beschränkt sich darauf, ob dem Tatgericht Rechtsfehler unterlaufen sind. Dies ist in sachlich-rechtlicher Hinsicht der Fall, wenn die Beweiswürdigung widersprüchlich, unklar oder lückenhaft ist oder gegen Denkgesetze oder gesicherte Erfahrungssätze verstößt. Dies ist hier jedoch gerade nicht der Fall. Die Aussagen der Zeugen Häuser und Bollmann lassen unmissverständlich erkennen, dass Hintergrund des Verschließens des Containers war, den Zugriff Fremder auf die entsorgten Waren zu verhindern. Soweit die Revision versucht die Beweise anders, nämlich in ihrem Sinne zu würdigen, mag dies menschlich verständlich sein, kann der Revision jedoch nicht zum Erfolg verhelfen.

Soweit geltend gemacht wird, es habe weiterer Aufklärung bedurft, das Amtsgericht sei Beweisaneigungen nicht nachgekommen, hätte die Revision eine den Anforderungen des § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO entsprechende Verfahrensrüge erheben müssen. Dies ist indes nicht geschehen.

Unmissverständlich hat das Amtsgericht auch - entgegen der Auffassung der Revision - zum Ausdruck gebracht, dass nach seiner Überzeugung die Waren sich noch im Eigentum der Fa. Edeka befanden (UA S. 5).

b) Gewahrsam

Aufgrund der Urteilsfeststellungen ist auch davon auszugehen, dass die Fa. Edeka an den Waren im Abfallcontainer noch Gewahrsam ausübte.

Gewahrsam ist die tatsächliche Sachherrschaft, für deren Ausübung es bei Geschäftsräumen ausreichend ist, dass sich der Beherrschungswille auf die Gesamtheit bezieht; ein ständiges Bewusstsein der Sachherrschaft an einzelnen Gegenständen ist hingegen nicht erforderlich.

Nachdem sich Gewahrsamssphären auch nach außen erstrecken können, ist das Amtsgericht vor dem Hintergrund der getroffenen Feststellungen zurecht davon ausgegangen, dass der Gewahrsam der Fa. Edeka durch Ablegen der Waren in den Container nicht endet. Da sich der

Container nämlich auf dem Gelände der Fa. Edeka, noch dazu in der Anlieferzone, die nicht für den Publikumsverkehr bestimmt ist, befand, der Fa. Edeka eindeutig zuzuordnen war und darüberhinaus auch noch verschlossen war, war nach der objektiven Verkehrsauffassung zweifellos frei von einem Beherrschungswillen der Fa. Edeka auszugehen.

Diesen Gewahrsam hatte die Angeklagten auch gebrochen, indem sie die Waren aus dem Container entnahmen und teilweise bereits in Rucksäcken und Tüten verstaut hatten. Gleiches gilt – entgegen der Auffassung der Revision – aber auch für die bloß herumliegenden Waren, da nach den tatsächlichen Gegebenheiten, nämlich der Entnahme zur Nachtzeit, die Ausübung der Sachherrschaft durch die Fa. Edeka deutlich eingeschränkt war. Die Angeklagten hatten insoweit immerhin Mitgewahrsam begründet.

c) Subjektiver Tatbestand

Rechtsfehlerfrei hat das Amtsgericht auch die Zueignungsabsicht sowie den Vorsatz der Angeklagten bejaht.

Entgegen der Auffassung der Revision rechtfertigen die Feststellungen gerade nicht die Annahme, die Angeklagten könnten von einer mutmaßlichen Einwilligung ausgegangen sein. Eine derartige Vorstellung ist im Urteil nicht niedergelegt und drängt sich im Gesamtzusammenhang der Urteilsgründe auch nicht auf. Objektiv gab es keinerlei Anhaltspunkte dafür, den Verantwortlichen der Fa. Edeka konnte das Schicksal der Waren vollkommen gleichgültig gewesen sein.

Das Amtsgericht hat seine Überzeugung, dass die Angeklagten vorsätzlich handelten auf eine Indizienreihe gestützt, nämlich die äußeren Umstände, insbesondere dass der Container abgeschlossen war, den Umstand, dass die Tat bei Dunkelheit begangen wurde, sowie, dass die Angeklagten eigenen Angaben zufolge die Waren aus moralischen Gründen „entwendet“ hätten (UA S. 6). Dieser Schluss von den genannten Umständen in der Gesamtheit auf ein vorsätzliches Handeln entfernt sich jedenfalls nicht in einer Weise, die als willkürlich anzusehen ist. Der Schluss liegt vielmehr auf der Hand und ist von der Revision mangels Rechtsfehler hinzunehmen.

2. Rechtsfolgen

Die Nachprüfung des Rechtsfolgenausspruchs des angegriffenen Urteils hat ebenfalls keinen Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten ergeben. Die Ausführungen des Amtsgerichts zur Strafzumessung enthalten alle von Gesetzes wegen vorzunehmenden Erwägungen und sind auch im Übrigen ohne Rechtsfehler.

Es wird beantragt:

die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts Fürstfeldbruck vom 30.01.2019 durch Beschluss nach § 349 Abs. 2 StPO als unbegründet kostenpflichtig zu verwerfen.

gez. Dr. Gern
Oberstaatsanwalt


München, den 27. Mai 2019
Just. San. 



BAYERISCHES OBERSTES LANDESGERICHT

Aktenzeichen: 206 StRR 1013/19; 206 StRR 1015/19

3 Cs 42 Js 28676/18 Amtsgericht Fürstenfeldbruck

BESCHLUSS

Der 6. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts hat unter Mitwirkung des Vorsitzenden Richters am Bayerischen Obersten Landesgericht Baier sowie der Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht von Geldern-Crispendorf und des Richters am Bayerischen Obersten Landesgericht Dr. Arnold

in dem Strafverfahren
gegen

Franziska Maria **Schmitt**
Caroline **Kuhn**

wegen
Diebstahls

am 2. Oktober 2019

b e s c h l o s s e n :

- I. Die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts Fürstentfeldbruck vom 30. Januar 2019 werden als unbegründet verworfen.
- II. Die Beschwerdeführerinnen haben die Kosten ihrer Rechtsmittel zu tragen.
- III. Der Tenor des Urteils des Amtsgerichts Fürstentfeldbruck vom 30. Januar 2019 wird dahingehend berichtigt, dass im Schuldspruch die Worte „gemeinschaftlich begangenen“ entfallen.

G r ü n d e :

I.

Das Amtsgericht sprach die Angeklagten am 30. Januar 2019 schuldig des (gemeinschaftlich begangenen) Diebstahls. Die Angeklagten wurden verwahrt und eine Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 € vorbehalten. Hiergegen legten die Angeklagten (Sprung-)Revision ein, mit der sie die Verletzung materiellen Rechts rügen.

II.

Die zulässigen Revisionen haben keinen Erfolg. Die Nachprüfung des Urteils aufgrund der Revisionen hat keinen Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten ergeben, § 349 Abs. 2 StPO.

1. Die Sprungrevisionen gemäß § 335 Abs. 1 StPO gegen das Urteil des Amtsgerichts sind ungeachtet des Umstands, dass für die Zulässigkeit einer Berufung der Angeklagten jeweils die Voraussetzungen des § 313 Abs. 1 StPO (Annahmeverufung) gelten wurden, zulässig (BayObLGSt 1993, 147; BGHSt 40, 395, 397).

2. Die Urteilsfeststellungen tragen den Schuldspruch wegen Diebstahls. Insbesondere begegnet die Annahme des Amtsgerichts, bei den Lebensmitteln aus dem verschlossenen Container der geschädigten Firma handle es sich um fremde (bewegliche) Sachen im Sinne von § 242 Abs. 1 StGB, keinen rechtlichen Bedenken.

a) Fremd ist eine Sache, die nach bürgerlichem Recht im Eigentum (irgend)einer anderen Person steht (Fischer StGB 66. Aufl. § 242 Rdn. 5 m.w.N.). Herrenlos und damit nicht „fremd“ i.S. des § 242 StGB sind dagegen Sachen, an denen Eigentum entweder nie bestanden hat oder bei denen der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz an der Sache aufgibt, § 959 BGB (sog. Dereliktion). Der Verzichtswille braucht nicht ausdrücklich erklärt zu werden, er kann sich auch aus dem nach außen erkennbaren Verhalten des Eigentümers ergeben, z.B. durch Wegwerfen einer Sache (BayObLGSt 1986, 72). Ob insbesondere aus der Besitzaufgabe ohne weiteres auch auf einen Eigentumsverzicht geschlossen werden kann, hängt jedoch von den Umständen des Einzelfalles ab (BayObLG a.a.O.).

b) Gemessen daran begegnet es keinen rechtlichen Bedenken, wenn das Amtsgericht davon ausgegangen ist, dass eine Eigentumsaufgabe im Sinne einer Dereliktion nicht vorgelegen hat.

Nach den Feststellungen des Amtsgerichts wurden die seitens der Fa. Edeka für nicht mehr verkehrsfähig gehaltenen Lebensmittel in einem verschlossenen Container auf dem Grundstück der Firma im Zulieferbereich gelagert und standen zur Abholung durch ein Entsorgungsunternehmen bereit.

(1) Die Wertlosigkeit einer Sache als solche gewährt Dritten nicht das Recht zur Wegnahme (RGSt 44, 207, 209; Vogel in Leipziger Kommentar StGB 12. Aufl. § 242 Rdn. 44 m.w.N.). Auch der Umstand, dass die Lebensmittel zur Entsorgung in einen Abfallcontainer geworfen wurden, sagt darüber, ob dem Eigentümer damit auch deren weiteres Schicksal gleichgültig ist, nicht zwingend etwas aus. Eine Dereliktion kommt vielmehr nur dann in Betracht, wenn der Wille vorherrscht, sich der Sache ungezielt zu entledigen (BayObLGSt a.a.O.). So liegt der Fall hier jedoch nicht.

(2) Bereits dadurch, dass der, zudem auf Firmengelände und nicht etwa im öffentlichen Raum stehende, Container abgesperrt war, hat der Eigentümer für Dritte deutlich erkennbar gemacht, dass die Firma die Lebensmittel nicht dem Zugriff beliebiger Dritter anheimgeben wollte bzw. dass keine Einwilligung mit einer Mitnahme besteht (vgl. Schmitz in MünchKommBStGB 3. Aufl. § 242 Rdn. 35, Vergho Zur Strafbarkeit von „Containern“ StraFo 2013, 15, 17; Lorenz Containern von Lebensmitteln entkriminalisieren? jurisPR-StrafR 10/2019 Anm. 1, Ziffer III). Dem steht nicht entgegen, dass der Verschluss mit einem Werkzeug, welches kein Spezialwerkzeug der Firma bzw. des Abholunternehmens ist, zu öffnen war, zumal ein solches Werkzeug in der Regel von Passanten oder sonstigen beliebigen Dritten nicht mitgeführt wird.

(3) Hinzu kommt, dass die Lebensmittel zur Abholung durch ein (von der Firma gesondert bezahltes) Entsorgungsunternehmen bereit gestellt waren. Ein Verzichtswille, der zur Herrenlosigkeit der Sache führt, liegt aber dann nicht vor, wenn der Eigentümer das Eigentum nur zugunsten einer anderen Person (oder Organisation) aufgeben will (BayObLGSt a.a.O.; Vogel in Leipziger Kommentar 12. Aufl. § 242 Rdn. 33, Kindhäuser in Kindhäuser/Neumann/Paeflgen StGB 5. Aufl. § 242 Rdn. 22).

Dies gilt z.B. in Fällen, in denen der Eigentümer Gegenstände im Rahmen von Sammelaktionen zur Abholung bereit stellt (BayObLGSt a.a.O.; Vogel a.a.O.; Kindhäuser a.a.O.; Duttge in Dölling/Duttge/König/Rössner Gesamtes Strafrecht 4. Aufl. § 242 Rdn. 15; Vergho a.a.O. S. 16), der Entsorgende für eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung verantwortlich ist und die Sachen zur Abholung durch eine Fachfirma bereit hält (Bosch in Schönke/Schröder StGB 30. Aufl. § 242 Rdn. 17/18, Wittig in Beck-OK StGB § 242 Rdn. 9; Lorenz a.a.O.; Bode Zur Strafbarkeit privater Schrottsammler JA 2016, 589, 590). Entsprechendes gilt, wenn der Entsorgende für die gesundheitliche Unbedenklichkeit in Verkehr gebrachter Lebensmittel einzustehen hat, wie es hier der Fall ist. In all diesen Fällen bleiben die Sachen bis zur Abholung im Eigentum des Entsorgenden (vgl. Bode a.a.O.) und sind damit taugliches Diebstahlsobjekt i.S. des § 242 Abs. 1 StGB.

3. Ergänzend wird auf die Ausführungen der Generalstaatsanwaltschaft in ihrer Antragsschrift vom 22. Mai 2019 Bezug genommen, die auch durch die Ausführungen

der Revision in den jeweiligen Schriftsätzen vom 12. Juni 2019 und 9. Juli 2019 nicht entkräftet werden.

4. Allerdings war der Tenor des amtsgerichtlichen Urteils zu berichtigen.

Nicht in die Urteilsformel gehört, ob der Täter als Allein- oder Mittäter gehandelt hat (vgl. Meyer-Goßner/Schmitt StPO 62. Aufl. § 260 Rdn. 24). Die Korrektur kann der Senat vornehmen (Meyer-Goßner/Schmitt a.a.O. § 354 Rdn. 33).

5. Dem Antrag, im Revisionsverfahren eine Hauptverhandlung durchzuführen, war dagegen nicht zu entsprechen.

Dem Anspruch des Revisionsführers auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG wird im Verfahren nach § 349 Abs. 2 StPO dadurch Rechnung getragen, dass eine Verwerfung nur auf einen zu begründenden und dem Revisionsführer zuzustellenden Antrag der Staatsanwaltschaft ergehen darf, auf den dieser gemäß § 349 Abs. 3 Satz 2 StPO erwidern kann. Liegen – wie hier – die Voraussetzungen des § 349 Abs. 2 StPO vor, besteht ein Anspruch auf Revisionshauptverhandlung weder nach einfachem Recht noch nach Verfassungsrecht (vgl. BGH, Beschluss vom 12. Januar 2010, Az: 4 StR 536/09, zitiert über juris, Ziffer 3).

Baier

von Geldern-Crispendorf

Dr. Arnold



Für die Richtigkeit der Abschrift
München, 04.10.2019

Göce-Yazgin
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Anlage XV



Rechtsanwalt
Im Liebknechtshaus Leipzig

Max Maßkus

Bruckstraße 15 / 206
04109 Leipzig

Telefon 0341 3444

E-Mail info@maerkel.de

E-Mail anwaltskanzlei@maerkel.de
P.O. Box 1000

Unter Zeichen

10/10/2019

Ob Zeichen

206 StRR 1013/19

1015/19

Datum

Leipzig, den
16.10.2019

Rechtsanwalt Max Maßkus / Bruckstraße 15 / Leipzig

A. Maßkus des
Obersten bayerischen Landesgerichts
Nymphenburger Straße 16
80539 München

- versch. via Fax -

In der Strafsache

./A. Schmitt u.A.

AZ: 206 StRR 1013/19 // 1015/19

rügt ich die Verletzung des rechtlichen Gehörs gem. § 356a StPO in entscheidungserheblicher Weise.

Durch den Beschluss vom 02.10.2019, hier eingegangen am 09.10.2019 hat der 6. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts das grundrechtsgleiche Recht der Angeklagten auf rechtliches Gehör gem. Art. 103 Abs. 1 GG verletzt.

Der Anspruch auf rechtliches Gehör beinhaltet, dass das entscheidende Gericht die Ausführungen der Prozessbeteiligten zur Kenntnis nehmen und in Erwägung ziehen muss (vgl. BVerfGE 22, 267 <273>; 86, 133 <145>; vgl. auch die zahlreichen weiteren Nachweise bei BVerfG, Beschl. v. 15. Februar 2017 – 2 BvR 395/16 (= BeckRS 2017, 103188) –, Rn. 15).

Da dies nicht nur durch tatsächliches Vorbringen, sondern auch durch Rechtsausführungen geschehen kann, gewährleistet Art. 103 Abs. 1 GG dem Verfahrensbeteiligten das Recht, sich nicht nur zu dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt, sondern auch zur Rechtslage zu äußern (vgl. BVerfGE 60, 175 <210>; 86, 133 <144>).

Das Gericht muss dabei alle im Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Erwägungen berücksichtigen. Allenfalls im Ausnahmefall darf das Gericht Erwägungen der Verfahrensbeteiligten unberücksichtigt lassen, nämlich zum Beispiel wenn einfachgesetzlich geregelte Präklusionsfristen dies vorsehen (Remmeit, in: Maunz/Dügg, GG, Werkband, 87. EL März 2019, Art. 103 Abs. 1, Rn. 98, ff.). Auch nach Ablauf der Revisionsbegründungsfrist in § 345 Abs. 1 S. 1 StPO kann das Vorbringen durch Rechtsausführungen weiter



erläutert werden (Gencke, in: Karlsruher Komm. StPO, 8. Auflage 2019, § 344 Rn. 66). Sogar nach Ablauf der Frist des § 349 Abs. 2 S. 2 StPO zur Gegenerklärung zur Antragschrift gemachten Ausführungen müssen vom Gericht damit berücksichtigt werden (so ausdrücklich BGH-NSZ 1993, 552).

Ein Schwerpunkt der Verteidigung der Angeklagten lag hier im Vorbringen, dass die Strafbarkeit des Diebstahls entsorgter, wirtschaftlich wertloser Lebensmittel nicht mit Verfassungsrecht zu vereinbaren ist. Indem das Gericht diese verfassungsrechtlichen Argumente vollständig unerwähnt lässt, zeigt es, dass es sich mit diesem Vorbringen nicht im Ansatz auseinandergesetzt hat.

Das Gericht ist in seiner Entscheidung weder auf die in der Revisionsbegründung vorgetragene Problematik des Gewahrsams, noch auf die der rechtswidrigen Zueignungsabsicht und des subjektiven Tatbestands eingegangen.

Zwar ist das Gericht auf den Vortrag der Angeklagten eingegangen, dass eine Dereliktion an den entsorgten Lebensmitteln zu prüfen sei. Nachdem es dies jedoch ablehnt, geht das Gericht mit keinem Wort auf das Vorbringen der Angeklagten ein, dass die Sozialbindung des Eigentums aus Art. 14 Abs. 2 GG sich nicht mit der Entsorgung wirtschaftlich wertloser, aber zur Nahrung geeigneter Lebensmittel vereinbaren lässt. Das Eigentum an wirtschaftlich wertlosen, entsorgten Lebensmitteln aufrecht zu erhalten ist sozialfeindlich und sein Schutz damit weder von Art. 14 GG noch in der Folge vom strafrechtlichen Schutz des § 242 StGB erfasst.

Auch ist das Gericht mit keinem Wort auf das Vorbringen der Angeklagten eingegangen, dass ihr Verhalten unter Berücksichtigung des Staatsziels des Umwelt- und Tierschutzes und des Schutzes der künftigen Generationen gem. Art. 20a GG zu bewerten sei. Die Bundesrepublik Deutschland bekennet sich zu diesem Staatsziel und gestaltet es aus, etwa indem sie sich auf europäischer Ebene zur Lebensmittelreduzierung um 50 % verpflichtet und die Pariser Klimaziele ratifiziert. Angesichts der Dringlichkeit der damit einhergehenden Fragen, wie die allorts in der Bundesrepublik Deutschland ausgerufenen Klimanotstände zeigen, ist eine strafrechtliche Verurteilung des Diebstahls entsorgter Lebensmittel mit dem Staatsziel des Umwelt- und Tierschutzes schlicht unvereinbar. Auch ist, wie von der Angeklagten vorgebracht eine strafrechtliche Verurteilung aus Sicht der Betroffenen nicht mehr nachvollziehbar, soweit konkretes gesetzgebendes Handeln um das Ziel der Lebensmittelverschwendung Heru zu werden ausbleibt.

Die Angeklagte hat im Schriftsatz unter dem 12.06.2019 schließlich zu den verfassungsrechtlichen Begrenzungen des Strafrechts ausgeführt. So hat sie darauf hingewiesen, dass jeder Strafnorm wegen ihres besonders



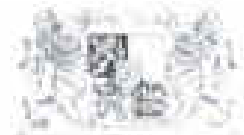
eingriffsintensiven Charakters einschränkend ausgelegt werden muss. Sie müsse sich nämlich auf Verhalten beschränken, das in besonderer Weise sozialschädlich und für das geordnete Zusammenleben unerträglich, seine Verhinderung daher besonders dringlich ist (BVerfGE 88, 203, <258>, 120, 224, <240>). Nur insoweit könne also ein Verhalten unter eine Strafnorm subsumiert werden, als es dem durch die Strafnorm gelobten oder überhaupt einem substantziellen Gemeinwohlinteresse widerspreche.

Auch mit diesem Vorbringen hat sich das Gericht nicht im Ansatz auseinandergesetzt und ohne jegliche Erwähnung dieser Ausführungen eine strafbare Handlung, auch bei weggeworfenen, nach Feststellung des Gerichts wertlosen Lebensmitteln angenommen.

Im Rahmen der Revision wurde von der Angeklagten unter dem 09.07.2019 vorgebracht, dass die höchstichterliche Rechtsprechung, bisher ohne Weiteres von einer Derektion an weggeworfenen Lebensmitteln ausgegangen ist, weil nämlich weggeworfene Lebensmittel nicht mehr zur Ernährung des Eigentümers eingesetzt werden können. Das Gericht unterlässt es, diese Rechtsprechung auch nur zu erwähnen und gibt damit zu erkennen, dass es sich mit dieser Rechtsprechung und damit mit dem Vorbringen der Angeklagten auseinandergesetzt hat.

Der angegriffene Beschluss beruht auch auf den hier vorgetragenen Gehörverstößen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Gericht anders entschieden hätte, wenn es den Vortrag der Angeklagten in der gebotenen Weise berücksichtigt und gewertet hätte.


- Rechtsanwalt



BAYERISCHES OBERSTES LANDESGERICHT

Aktenzeichen 206 StRR 1013/19 206 StRR 1015/19

3 Cs 42 Js 26676/18 Amtsgericht Furstenfeldbruck

BESCHLUSS

Der 6. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts hat unter Mitwirkung des Vorsitzenden Richters am Bayerischen Obersten Landesgericht Baier sowie der Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht von Geldern-Crispendorf und des Richters am Bayerischen Obersten Landesgericht Dr. Arnold

in dem Strafverfahren
gegen

Franziska Maria Schmitt
Caroline Kuhn

wegen
Diebstahls

am 28. Oktober 2019

hier Anhörungsrügen

b e s c h l o s s e n :

Die Rügen der Verletzung rechtlichen Gehörs der Verurteilten gegen den Beschluss des Senats vom 2. Oktober 2019 werden kostenfällig zurückgewiesen.

G r ü n d e :

I.

Der Senat hat mit Beschluss vom 2. Oktober 2019 die Revisionen der Verurteilten gegen das Urteil des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck vom 30. Januar 2019 als offensichtlich unbegründet verworfen. Dagegen wenden sich die Verurteilten mit Schriftsätzen vom 14. Oktober 2019 und 16. Oktober 2019, eingegangen bei Gericht jeweils am 16. Oktober 2019. Sie machen die Verletzung des rechtlichen Gehörs gemäß § 356a StPO geltend.

Die Revisionsführer beanstanden insbesondere, der Senat habe sich mit der verfassungsrechtlichen Argumentation der Revisionsführer nicht auseinandergesetzt. So sei der Senat nicht auf die Argumentation der Verurteilten eingegangen, dass sich der Grundsatz der Sozialbindung des Eigentums aus Art. 14 Abs. 2 GG nicht mit der Entsorgung wirtschaftlich wertloser, aber zur Nahrung geeigneter Lebensmittel vereinbaren lasse. Es sei sozialfeindlich, das Eigentum an wirtschaftlich wertlosen, entsorgten Lebensmitteln aufrecht zu erhalten. Daher sei der Schutz derartigen Eigentums weder von Art. 14 GG noch von § 242 StGB erfasst. Auch habe der Senat keine Ausführungen dazu gemacht, dass nach Ansicht der Revision das Verhalten der Angeklagten vor dem Hintergrund von Art. 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) zu bewerten sei. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich auf europäischer Ebene zu einer Lebensmittelreduzierung um 50 % verpflichtet und habe die Pariser Klimaziele ratifiziert. Angesichts der dringenden, damit einhergehenden Fragen sei eine strafrechtliche Verurteilung des Diebstahls entsorgter Lebensmittel mit dem Sozialziel des Umwelt- und Tierschutzes unvereinbar.

Darüber hinaus habe der Senat auch zu den von der Revision angesprochene Problematiken des Gewahrsams, der rechtswidrigen Zueignungsabsicht, des subjektiven Tatbestands und des Ultima-ratio-Grundsatzes bei Strafnormen keine Ausführungen gemacht.

Art. 103 Abs. 1 GG verpflichte das Gericht jedoch dazu, Ausführungen einer Partei vollumfänglich, auch zu Rechtsfragen, zur Kenntnis zu nehmen und in Erwägung zu ziehen. Es sei aus Sicht der Revisionsführer nicht auszuschließen, dass der Senat anders entschieden hätte, wenn er ausdrücklich zu dem Vortrag der Verurteilten Stellung genommen hätte.

II.

1. Bei dem Beschluss des Senats vom 2. Oktober 2019 hat es sein Bewenden.

a) Die gemäß § 356a StPO statthafter Anörungsrügen sind zulässig.

b) Die Anörungsrügen sind jedoch unbegründet.

§ 356a StPO setzt voraus, dass das Revisionsgericht den Anspruch auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat (BGH NSIZ-RR 2013, 157, 158). Dies ist nicht der Fall.

(1) Eine Verletzung des rechtlichen Gehörs liegt insbesondere nicht bereits deshalb vor, weil der Senat auf einzelnes Vorbringen der Revision nicht explizit eingegangen ist.

Von Verfassungs wegen bedarf eine mit ordentlichen Rechtsmitteln nicht mehr angreifbare letztinstanzliche Entscheidung regelmäßig keiner Begründung (BVerfG NJW 2014, 2563, 2564). Dazu gehören auch Beschlüsse nach § 349 Abs. 2 StPO (BVerfG a.a.O.). Zwar ist das Gericht nach Artikel 103 Absatz 1 GG verpflichtet, die Ausführungen der Prozessparteien zur Kenntnis zu nehmen und in Erwägung zu ziehen (BGH NSIZ-RR 2013, 157, 158). Es ist aber auch grundsätzlich davon auszugehen,

dass das Gericht das von ihm entgegengenommene Vorbringen eines Beteiligten auch zur Kenntnis genommen und in Erwägung gezogen hat (BVerfG a.a.O., BGH a.a.O.). Dies ist auch im vorliegenden Fall geschehen, auch wenn nicht alles in den schriftlichen Entscheidungsgründen ausdrücklichen Niederschlag gefunden hat. Ein Rechtsfehler ist darin dennoch nicht zu sehen.

Art. 103 Absatz 1 GG zwingt die Gerichte nicht, sich mit jedem einzelnen Vorbringen in der Begründung seiner Entscheidung ausdrücklich zu befassen und dieses zu be-
scheiden (BGH a.a.O.). Eine Verletzung des rechtlichen Gehörs kann nur dann fest-
gestellt werden, wenn sich aus den besonderen Umständen des einzelnen Falles
deutlich ergibt, dass das Gericht ein Vorbringen entweder überhaupt nicht zur Kennt-
nis genommen oder doch bei seiner Entscheidung ersichtlich nicht in Erwägung gezo-
gen hat (BGH a.a.O.). Dies ist nicht der Fall.

Der Senat hat bei seiner Entscheidung weder zum Nachteil der Verurteilten Tatsachen
oder Beweisergebnisse verwertet, zu denen diese nicht gehört worden sind, noch hat
er zu berücksichtigendes entscheidungserhebliches Vorbringen der Verurteilten über-
gangen oder in sonstiger Weise deren Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt. Der
Senat hat ausgeführt, dass die Urteilsfeststellungen den Schuldspruch wegen Dieb-
stahls tragen. Er hat ergänzend auf die Ausführungen der Generalstaatsanwaltschaft
Bezug genommen und zudem die entscheidungserheblichen Punkte dezidiert selbst
angesprochen. Einer weitergehenden Begründung des Beschlusses bedurfte es nicht.

(2) Soweit die Verurteilten zum Ausdruck bringen wollen, der Senat habe fehlerhaft
entschieden, kann ihr Vorbringen im Übrigen auch deshalb keinen Erfolg haben, weil
die Anhörungsrüge, wenn – wie hier – rechtliches Gehör gewährt worden ist, nicht
dazu dient, das Revisionsgericht zu veranlassen, das Revisionsvorbringen und die mit
der Revision angegriffene Entscheidung nochmals – in vollem Umfang – zu überprü-
fen (BGH Beschluss vom 9. Mai 2017, Az. 1 StR 627/16, zitiert über juris, Rdn. 6; Ge-
ricke in Karlsruher Kommentar StPO 8. Aufl. § 356a Rdn. 6 m.w.N.).

3. Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des § 465 Abs. 1 StPO (Gericke a.a.O. § 356a Rdn. 14).


Baier

von Geldern-Crispendorf

Dr. Arnold



Für die Richtigkeit der Abschrift
München, 28.10.2019


Gökçe Yazgin,
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle